

Woher kommt und wohin geht der Schweizer Klimastreik?

Eine Einordnung aus soziologischer Perspektive

Februar 2022



Autor:innen

**Dr. Simon Schaupp,
Dr. Iljana Schubert,
Dr. Annika Sohre,
Linus Petermann,
Prof. Dr. Oliver Nachtwey¹**

Es handelt sich um ein Forschungsprojekt am Institut für Soziologie an der Universität Basel im Auftrag der Anny-Klawa-Morf-Stiftung.

Publikation

Februar 2022

Unterstützung

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung der Baloise Group und der Globalance Bank AG, welche diese Studie mit einer Spende unterstützt haben.

¹ Wir danken Benjamin Haab und Matthias Zaugg für ihre Unterstützung bei der Erhebung der Daten.

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Erkenntnisse	3
1. Einleitung	4
2. Hintergrund: Forderungen, Struktur und Kampagnen des Schweizer Klimastreik	6
2.1. Forderungen und Struktur	6
2.2. Grössere Kampagnen und Aktionen	8
3. Forschungsstand: Neue Klimabewegung international und in der Schweiz	10
4. Methoden	16
5. Wer sind die Klimastreikenden und was wollen sie?	19
5.1. Wer sind die Schweizer Klimastreikenden?	19
5.2. Netto Null	23
5.3. Klimagerechtigkeit	24
5.4. Systemwandel	27
5.5. Persönliche Motivationen	31
6. Politische Positionierung	37
6.1. Wirtschaft	40
6.2. Parteien	42
6.3. Bewegungen und Verbände	47
7. Zukunft des Klimastreiks	51
7.1. Dauerhaftigkeit	51
7.2. Aktionsformen	53
8. Fazit und Ausblick	61
9. Literaturverzeichnis	64

Zentrale Erkenntnisse

- Der Klimastreik verbindet das Ziel der «Netto Null Emissionen» mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit. Das zeigt sich unter anderem in den inhaltlichen Zielformulierungen einer «Klimagerechtigkeit» in der Befürwortung von Umverteilungspolitiken, sowie in der relativ hohen Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern.
- Die persönliche Motivation der Befragten zur Teilnahme an der Bewegung liegt vor allem in wissenschaftlichen und moralischen Überlegungen zur Auswirkung der Klimakrise.
- Die Klimastreikenden stammen mehrheitlich aus der oberen Mittelschicht und weisen einen hohen Bildungsgrad auf. Über 60 Prozent der Befragten haben mindestens einen Elternteil, der im Sozial- oder Erziehungsbereich arbeitet.
- Politisch positionieren sich die Befragten links bzw. grün, betonen jedoch ihre Offenheit für andere Positionen. Mit Unternehmen wollen sie nicht kooperieren. In Bezug auf politische Parteien sind sie eher skeptisch, einige engagieren sich trotzdem dort. Als wichtigste Bündnispartner:innen sehen die Befragten andere Bewegungen und Verbände sowie Gewerkschaften.
- Durch die Corona-Pandemie und durch allgemeine Beteiligungsfuktuation wurden die Aktivitäten der Bewegung teilweise unterbrochen. Die meisten Befragten sind sich aber sicher, dass der Klimastreik angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise in Zukunft weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.
- Eine wichtige Debatte innerhalb der Bewegung betrifft ihre Aktionsformen. Ein Teil der Befragten hält die charakteristischen Demonstrationen für wirkungslos und will verstärkt auf Aktionen des zivilen Ungehorsams setzen.
- Der Klimastreik ist eine heterogene, aber keine gespaltene Bewegung. Die Befragten akzeptieren die Heterogenität der politischen Orientierungen und Aktionsformen oder sehen diese gar als Stärke ihrer Bewegung.
- Der Schweizer Klimastreik ist eine gleichermassen radikale als auch unideologische Bewegung.

1. Einleitung

«Klimajugend» wurde zum Deutschschweizer Wort des Jahres 2019 gewählt. Das deutet bereits die Relevanz der neuen Klimabewegung für die politische Landschaft der Schweiz an, denn «Klimajugend» ist die geläufige Schweizer Bezeichnung für die Bewegung, die im Rest der Welt «Fridays For Future» (FFF) genannt wird. Die Selbstbezeichnung der Bewegung ist jedoch «Klimastreik», weshalb im Folgenden dieser Begriff benutzt wird. Die internationale Klimastreikbewegung entstand mit der globalen Ausbreitung von sogenannten Klimastreiks¹ unter dem Slogan «Fridays for Future» im Spätjahr 2018, die sich an dem Vorbild der Schulstreiks Greta Thunbergs orientierten (Wahlström et al. 2020). Darauf folgten 2019 intensivierete Protestaktivitäten, die ihren Höhepunkt in international koordinierten Massendemonstrationen mit mehreren Millionen Teilnehmer:innen erreichten (Martiskainen et al. 2020). Dabei wurde der Bewegung eine hohe Aufmerksamkeit von Politik und Medien zuteil. Koos und Naumann (2019) zeigen in Bezug auf die deutsche Bewegung, dass deren Proteste zudem über eine beträchtliche gesellschaftliche Legitimität verfügen. Die FFF-Mobilisierungen seit 2018 können, zusammen mit Aktionen von Extinction

Rebellion², als neuer Protestzyklus der globalen Klimabewegung beschrieben werden (De Moor et al. 2020). Letztere wurde vor allem als internationale Klimagerechtigkeitsbewegung in ihrer Aktivität umfassend untersucht (für einen Überblick siehe: Thörn et al. 2017; Dietz 2013a; Hadden 2015; De Moor et al. 2020).

Während es über die internationale FFF-Bewegung zahlreiche Studien gibt, ist die Klimabewegung im Allgemeinen und die Klimastreikbewegung im Speziellen in der Schweiz noch kaum in den Blick der Forschung gelangt. Aktuell, mehr als drei Jahre nach Entstehen der Proteste, gilt es insbesondere danach zu fragen, wie sich Formen und Inhalte des Klimastreiks entwickelt haben. Deshalb stellt die vorliegende Studie die Frage, woher der Schweizer Klimastreik eigentlich kommt und wohin er geht. Mit Ersterem ist einerseits die Frage nach der sozialen Herkunft der Aktivist:innen, aber auch deren politische Selbstverortung angesprochen. Dabei ging es uns darum, zu analysieren, wie sich die Befragten in die politische Landschaft der Schweiz einordnen, welche Akteur:innen sie als Verbündete und welche als Gegner:innen einstufen, aber auch darum, was genau die Ziele der Bewegung sind. Mit dem zweiten Teil der Frage (wohin geht

¹ Als Streiks werden von der Bewegung nicht nur Schulstreiks, sondern auch Demonstrationen bezeichnet, auch wenn es sich dabei meist nicht um eigentliche ökonomische Streiks handelt.

² Extinction Rebellion ist eine internationale Umweltbewegung, die 2018 in England gegründet wurde und vor allem auf gewaltfreien zivilen Ungehorsam als Aktionsform setzt.

die Bewegung?) ist die Zukunft des Schweizer Klimastreiks angesprochen. Dabei interessierte uns insbesondere die Frage, wie die Aktivist:innen die Weiterentwicklung ihrer Bewegung in Bezug auf deren Grösse, vor allem aber deren Aktionsformen einschätzen. Um diese Fragen zu beantworten, haben wir eine quantitative, fragebogenbasierte und eine qualitative, interviewbasierte Befragung von Aktivist:innen des Klimastreiks durchgeführt, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.

Zunächst wird der Schweizer Klimastreik hinsichtlich der Forderungen, Struktur und Kampagnen der Bewegung vorgestellt. Danach rekonstruieren wir den Forschungsstand zur neueren Klimabewegung, wobei auffällt, dass zum Schweizer Klimastreik bislang relativ wenige Erkenntnisse vorliegen. Im vierten Abschnitt erläutern wir das methodische Vorgehen bei der Erhebung und Auswertung unserer empirischen Daten. In den folgenden Abschnitten stellen wir die Resultate der Erhebung dar. Zunächst geht es dabei im fünften Abschnitt darum, wer die Aktivist:innen sind und was sie wollen. Nach einer Analyse der sozialstrukturellen Zusammensetzung des Klimastreiks gehen wir auf die drei zentralen Ziele der Bewegung ein. Diese sind: Netto Null Emissionen bis 2030, Klimagerechtigkeit und ein Systemwandel. Abschliessend geht es in diesem Abschnitt auch um die persönliche Motivation der Aktivist:innen. Der sechste Abschnitt beleuchtet die Positionierung des Klimastreiks in der politischen Landschaft der Schweiz. Dabei geht es zunächst um die allgemeine politische Selbsteinschätzung der Befragten und dann um deren Meinung zu Wirtschaft, Parteien und Bewegungen. Der siebte Abschnitt untersucht die Vorstellungen der Befragten hinsichtlich der Zukunft ihrer Bewegung. Einerseits geht es dabei um die Frage nach der Dauerhaftigkeit bzw. der zukünftigen Grösse des Klimastreiks, andererseits um die Debatte um zukünftige Aktionsformen der Bewegung. Im abschliessenden achten Abschnitt resümieren wir die Erkenntnisse der Studie und wagen einen Ausblick auf ihre weitere Bedeutung in der Schweiz.

2. Hintergrund: Forderungen, Struktur und Kampagnen des Schweizer Klimastreik

Um die Bewegung des Schweizer Klimastreiks vorzustellen beschreiben wir im Folgenden kurz seine Forderungen und Struktur, sowie seine markantesten Kampagnen.

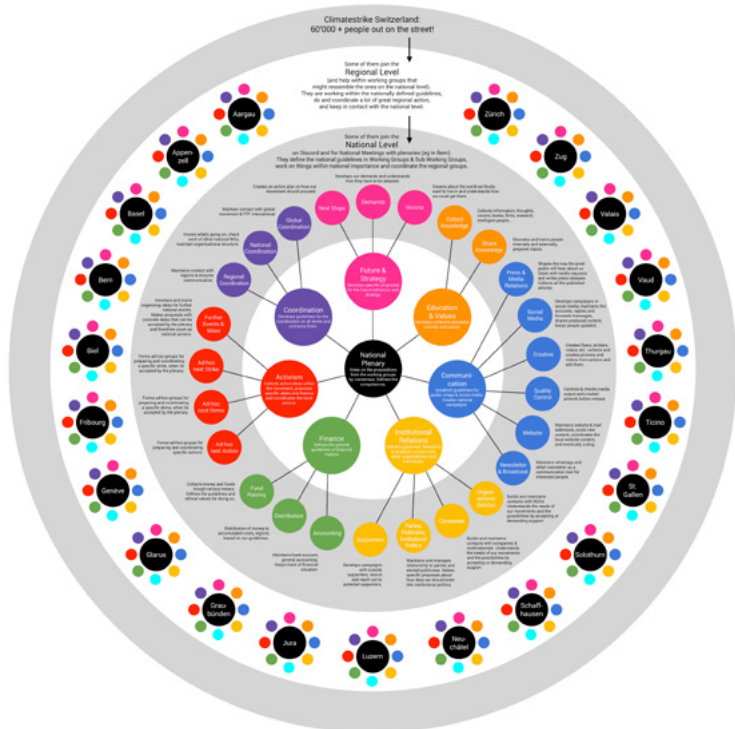
2.1. Forderungen und Struktur

Der Klimastreik beschreibt sich selbst als «basisdemokratische und konsensorientierte», «transparente, hierarchiefreie» und «an keine Partei oder Organisation gebundene» Bewegung (Klimastreik Schweiz n.d.). Dabei versteht man sich weiter als Teil der Fridays for Future-Bewegung. Der Klimastreik stellt vier Forderungen bzw. drei Forderungen und eine Klausel (Stand Dezember 2021): 1. Ausrufung des Klimanotstandes; 2. Netto Null Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030; 3. Klimagerechtigkeit; 4. Systemwandelklausel. Diese Forderungen werden mit der Präsentation Studienergebnisse weiter ausgeführt.

Im Dezember 2018 entstanden in verschiedenen Schweizer Städten erste sogenannte Klimastreiks, wo vor allem Schüler:innen an einzelnen Freitagen der Schule fernblieben, sich über soziale Medien organisierten und auf Demonstrationen mobilisierten. Im gleichen Monat fand ein erstes nationales Vernetzungstreffen der verschiedenen lokalen Gruppen statt, die seither regelmässig stattfanden (Rhy 2019). Seit dem zweiten nationalen Treffen Anfang 2019 existiert eine im Grundgerüst formalisierte Organisationsstruktur. Grundsätzlich unterscheiden lassen sich eine regionale und nationale Ebene. Regionale Gruppen agieren unabhängig voneinander und organisieren in Plenumstreffen die Koordination sowie Aktionen und Proteste in den Kantonen, Regionen und Gemeinden. Es gibt in fast jedem Kanton eine regionale Gruppe, teilweise auch mehrere. Zudem unterteilen sich diese Regionalgruppen meist geographisch noch weiter. Kleinste Organisationseinheiten bilden dabei längerfristig bestehende oder eventbezogen gebildete Arbeitsgruppen, in denen konkrete Projekte oder Aufgaben verfolgt werden. Diese Gruppen sind teilweise gebunden an die Weisungen des Plenums, geniessen jedoch eine hohe Entscheidungsfreiheit.

Auf nationaler Ebene finden regelmässig Austausch- und Koordinations-treffen statt. Hier werden allgemeine Richtungs- und Strategieentscheidungen getroffen, Forderungen bestimmt und schweizweite Kampagnen lanciert.

Auf nationaler Ebene existieren eigene Arbeits- und Sub-Arbeitsgruppen, die verschiedene Organisations-, Koordinations-, Kommunikations- oder Mobilisierungsaufgaben übernehmen und dem nationalen Plenum vorschlagen. Galt anfänglich in der Entscheidungsfindung eine Konsensregelung an nationalen Treffen, wird diese seit Sommer 2019 nur noch bei speziellen Strategiebeschlüssen angewandt. Obwohl die Regionalgruppen – bis auf die Einhaltung eines Aktionskodexes – sich nicht unbedingt an der nationalen Koordination beteiligen müssen bzw. Entscheidungen daraus umzusetzen haben, hat sich damit auf nationaler Ebene eine engerer gegenseitiger Bezugs- und Koordinationszusammenhang entwickelt. Anders als beispielsweise in Deutschland, kennt der Schweizer Klimastreik keine medialen «Stars». Dem wurde durch den Entscheid, im Medienkontakt die Sprecher:innen zu rotieren, schon früh entgegengewirkt (Fopp et al. 2021).



Übersicht über die Organisationsstruktur (Stand: 2. Nationales Treffen, Februar 2019)
Quelle: https://pool.climatestrike.ch/w/images/9/9b/Organigramm_Climatestrike_v1.png
[Abgerufen am: 09.01.2022].

Die interne Kommunikation findet sowohl auf regionaler wie nationaler Ebene hauptsächlich über soziale Medien und Messenger-Dienste statt. Dokumente werden auf Cloud-Diensten geteilt, um Transparenz und Kollaboration zu gewährleisten. Arbeitsgruppen koordinieren sich vor allem über Messenger-App-Gruppen, die teilweise nur auf Einladung, aber auch frei zugänglich und partizipativ sind. Einige Regionen verfügen zudem über grösser partizipative Gruppen oder nicht-partizipative Telegram-Kanäle, über die Informationen verbreitet wie auch auf Proteste mobilisiert werden.

2.2. Grössere Kampagnen und Aktionen

Die wichtigsten Kampagnen des Klimastreiks waren der «Strike for Future», die Besetzungsaktion «Rise up for Change», der «Climate Action Plan» und die Demonstration «Klima des Wandels». Diese werden im Folgenden kurz dargestellt.

Strike for Future

Der Strike for Future ist eine längerfristige schweizweite Kampagne des Klimastreiks und wurde Mitte 2019 initiiert. Sie wurde auf nationaler Ebene beschlossen, jedoch wird die konkrete Gestaltung und Organisation dezentral auf regionaler Ebene in unterschiedlichen Konstellationen betrieben (teilweise von Arbeitsgruppen des Klimastreiks, teilweise in heterogenen Bündnissen). Ziel dabei war die Ausweitung der Bewegung und die Betonung der Verknüpfung der Klimathematik zu anderen Themen, insbesondere zu sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit (Hosp 2019). In dem Manifest von 2021 werden so auch Brücken zu feministischen, gewerkschaftlichen und antirassistischen Kämpfen geschlagen (Strike for Future 2021a). Die Organisation des Strike for Future ging einher mit einer Suche nach Kooperationen und Bündnissen mit Gewerkschaften bzw. einem Engagement in den Gewerkschaften (Strike for Future 2021b). Neben der Mobilisierung für Aktionstage (zuerst im Frühjahr 2020, dann verschoben auf Mai 2021, als nächstes im Frühjahr 2022) wird im Rahmen der Kampagne versucht Lokalgruppen in Gemeinden, Quartieren und Betrieben aufzubauen, die sich vor Ort und unabhängig von und über die Kampagne hinaus engagieren, «um die für die gewünschten Veränderungen notwendigen Alternativen auszuarbeiten und aufzubauen» (Strike for Future 2021a). Diese sollen einerseits die soziale Basis der Bewegung ausweiten als auch «basisdemokratische Strukturen, die für den Übergang zu einer sozialen und ökologisch tragfähigen Gesellschaft nötig sind» sein.³

² <https://strikeforfuture.ch/>

Rise up for Change

Im Herbst 2020 besetzten Aktivist:innen des Klimastreiks zusammen mit anderen Kollektiven und Organisationen der Schweizer Klima(gerechtigkeits)bewegung den Bundesplatz vor dem Bundeshaus in Bern unter dem Motto «Rise up for Change». Die Besetzung wurde nach zwei Tagen polizeilich geräumt. Damit fand eine erste grössere Hinwendung zu Aktionen zivilen Ungehorsams und einer koordinierten Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen der Schweizer Umwelt- und Klimabewegung statt. Anfang August 2021 fand eine zweite Aktionswoche im Rahmen der Rise up for Change Kampagne statt. In Zürich wurde für eine Woche ein Klimacamp errichtet. Dabei richtete sich der Fokus der Kampagne gegen die klimaschädlichen Investitionen des Schweizer Finanzplatzes. Es kam zu Aktionen zivilen Ungehorsams, bei denen ca. 200 Aktivist:innen die Eingänge der Banken Credit Suisse und UBS in Zürich blockierten.⁴

Climate Action Plan

Der Klimaaktionsplan (CAP) ist ein vom Klimastreik initiiertes Bericht, der im Januar 2021 veröffentlicht wurde und die technische Machbarkeit von Netto Null CO₂-Emissionen in der Schweiz bis 2030 aufzeigen soll. Der Bericht wurde in ehrenamtlicher Arbeit von Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen und Expert:innen geschrieben. Die darin vorgeschlagenen Massnahmen und Ziele sollen fortlaufend verbreitet und diskutiert, sowie konkretisiert und ausgeweitet werden.⁵

Demonstration «Klima des Wandels» (28. September 2019)

Mobilisierung auf die vor den Schweizer Parlamentswahlen im Herbst 2019 und im Rahmen einer internationalen Aktionswoche stattfindende zentrale Demonstration «Klima des Wandels» in Bern, die eine der grössten Demonstrationen der jüngeren Schweizer Geschichte darstellt und vom Klimastreik und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen (speziell dem Bündnisnetzwerk «Klimaallianz») organisiert wurde.

³ <https://www.riseupforchange.ch/>

⁴ <https://climatestrike.ch/posts/cap-0-introduction-and-vision-executive-summary>

3. Forschungsstand: Neue Klimabewegung international und in der Schweiz

Die soziale Zusammensetzung der internationalen FFF-Bewegung wurde vor allem mittels Erhebungen an Demonstrationen im Jahr 2019 analysiert. Die entsprechenden Studien betonen die starke Präsenz von meist erstmalig politisch aktiven Jugendlichen, insbesondere von Schülerinnen (De Moor et al. 2020; Wahlström et al. 2020; Sommer et al. 2020; Martiskainen et al. 2020). Allerdings, so Sommer et al. (2020), tendiert das Bild der «Klimajugend» dazu, den im Verlauf der Proteste gestiegenen Anteil von Erwachsenen an Demonstrationen zu verschleiern. Über die Altersstruktur hinaus lässt sich eine – gerade für Umwelt- und Klimaproteste typische – Überrepräsentation von sich politisch links positionierenden Menschen der oberen Mittelschicht mit höheren Bildungsabschlüssen und ohne Migrationshintergrund feststellen (De Moor et al. 2020, Emilsson et al. 2020; Eide und Kunelius 2021; Neuber et al. 2020). Die Erhebungen fragten zudem die politischen Einstellungen ab. Dabei zeichnet sich unter anderem ein eher geringes Vertrauen in nationale Regierungen, bei gleichzeitig höherem Vertrauen in internationale Institutionen, sowie eine allgemeine Skepsis gegenüber marktorientierten Klimaschutzmassnahmen ab (Wahlström et al. 2020). Emilsson et al. (2020) zeigen weiter auf der Basis schwedischer Klimastreik-Mobilisierungen, dass die Bewegung mehrheitlich wachstumskritisch eingestellt ist. Sommer et al. (2020) weisen an deutschen FFF-Demonstrationen wiederum auf die Ko-Präsenz von sowohl systemkritischen, strukturellen und stärker auf Änderungen im individuellen Lebensstil zielende Forderungen hin. Nach Neuber et al. (2020) wird dabei letzterem – besonders in der Schweiz – eine hohe Relevanz zugemessen. Neben diesen politischen Einstellungen prägen zwei weitere Faktoren die Mobilisierungen der Klimastreikbewegung. Erstens messen die Aktivist:innen der (Klima-)Wissenschaft eine hohe Bedeutung zu (Fopp et al. 2021; Neuber et al. 2020, Cologna et al. 2021). Zweitens wird in mehreren Studien die Rolle von Emotionen bei Jugendlichen betont, insbesondere Angstgefühle in Bezug auf die Klimakrise auf der einen und Hoffnungs- bzw. Ermächtigungsempfinden durch den eigenen Aktivismus auf der anderen Seite (Martiskainen et al. 2020; Eide und Kunelius 2020).

Neben der Zusammensetzung der FFF-Bewegung, lässt sich weiter deren Framing beschreiben, das heisst, die Deutung von Problemursachen, politischen Forderungen und Konfliktlinien sowie aktivistischen Vorgehensweisen.

Wie in der Einleitung erwähnt war die internationale Klimabewegung vor dem Aufkommen der Klimastreiks 2018 vor allem durch das Framing der Klimagerechtigkeit geprägt (De Moor et al. 2020). Darin zentral sind erstens eine Kritik der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise des globalen Nordens als Ursachenbeschreibung für die Klimakrise, zweitens das Ziel der Überwindung eben jener Verhältnisse in Abgrenzung zu Ansätzen grüner Modernisierung und drittens die Betonung der Wirkung direkter Graswurzelproteste und Aktionen gegen die fossile Industrie (della Porta und Parks 2013; Sander 2016a; De Moor et al. 2020). Dabei scheinen gerade Aktionen zivilen Ungehorsams bis vor den Klimastreikprotesten zum bevorzugten und mobilisierungsstärksten Mittel geworden zu sein, wie etwa das Beispiel *Ende Gelände* in Deutschland zeigt (vgl. Sander 2016a). In der Schweiz dafür beispielhaft sind die seit 2017 in Basel stattfindenden Klimacamps mit Aktionen zivilen Ungehorsam. De Moor et al. (2020) sowie Sommer und Haunss (2020) weisen darauf hin, dass sich die FFF-Bewegung von diesen vorhergehenden Mobilisierungen durch die Rückkehr eines moderaten und nicht-konfrontativen Framings unterscheidet. In gewissen Aspekten setzten sich zwar Elemente fort, so wird die Klimakrise gerade auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit thematisiert, wobei hier gerade die Dimension intergenerationeller Gerechtigkeit an Bedeutung gewann (Han und Ahn 2020). Jedoch tritt an die Stelle klarer Benennungen von und Konfrontationen mit politischen Gegner:innen die «ideologisch unverdächtige» Adressierung der Politik, die durch Schulstreiks und Demonstrationen zu dringlichem Handeln bewegt werden soll (Sommer und Haunss 2020: 244). Dabei beruft man sich, nach Rucht und Fink (2020: 104) im Sinne einer «Konsensmobilisierung», auf gesicherte Fakten der Klimawissenschaft und von den Regierungen in den Pariser Klimaabkommen selbst gesetzte Klimaziele. In dieser inhaltlichen Dimension, aber auch in breit adressierten Appellen an Organisationen und Bevölkerung tritt die FFF-Bewegung damit stärker integrativ auf als vorherige Protestbewegungen (Sommer et al. 2019).

Eide und Kunelius (2020) weisen in ihrer länderübergreifenden Befragung von Aktivist:innen darauf hin, dass sich diese – gerade im Angesicht einer ihnen entgegenkommenden Aufmerksamkeit durch Medien und Politik – von etablierten politischen Akteuren abwenden. Dies deutet darauf hin, dass sich durch die gesammelten Erfahrungen die strategischen Positionierungen der Aktivist:innen verändert haben. Zudem ist das oben beschriebene Framing in der Bewegung keineswegs unumstritten. Marquardt (2020) zeigt, dass sich in der deutschen FFF-Bewegung neben eher moderaten, reformistischen auch radikale Ansätze finden, die sich wieder stärker an Elementen des sozial-transformatorischen Klimagerechtigkeitsframe orientieren. Svenson und Wählstrom (2021) stellen eine ähnliche Unterscheidung zwischen moderaten «system development» und

radikaleren «system change» Frames dar, wobei mit der Betonung von «top-down» oder «bottom-up» Prozessen verschiedene Vorstellungen über die Anreiber:innen des Wandels vorhanden sind. Ähnliche Flügelverortungen wurden dabei auch schon in vorhergehenden Protestzyklen der internationalen Klimabewegung festgestellt (Thörn et al. 2017; Brunnengraber 2013). In diesem Sinne identifizieren O'Brien et al. (2018) drei Arten von Klimaaktivismus: einen «pflichtbewussten», der als reformistisch umschrieben werden kann, einen «disruptiven», der sich vor allem in zivilem Ungehorsam übt, und einen «gefährlichen Dissens», der ein alternatives Gesellschaftssystem anstrebt. Diese Unterscheidung lässt sich auch auf den Schweizer Klimastreik übertragen, da sich dort ebenfalls alle der drei genannten Strömungen finden. Die Tatsache, dass sich diese Unterschiede vor allem in Bezug auf die Einschätzung ökonomischer Strukturen manifestieren, verdeutlicht, dass die Konflikte um Klimapolitik eng verwoben sind mit Konflikten um soziale Ungleichheit (Schaupp 2020; 2021).

Interne Debatten und Entwicklungen betreffen somit nicht zuletzt auch das Aktionsrepertoire der FFF-Bewegung. Dieses war anfangs vor allem durch als Klimastreiks bezeichnete Schulstreiks und global koordinierte Demonstrationen geprägt (De Moor et al. 2020). Jedoch haben diese Aktionsformen im Verlauf der Proteste und gerade mit Beginn der Coronavirus-Pandemie an Bedeutung verloren. Zudem zeigt etwa die Entwicklung der Kampagnen des Schweizer Klimastreik, dass sich das Aktionsrepertoire vergrößert hat und neue Aktionsformen angewandt werden (z.B. ziviler Ungehorsam). Dabei wurden in der Bewegung, teils parallel zu oben genannten Framing-Konflikten, Diskussionen über die richtige bzw. wirksamste Aktionsform geführt. So beschreibt Teune (2020: 142), wie zwar der Schulstreik als Aktionsform in deutschen Fridays for Future-Gruppen «nicht nur unumstritten, sondern identitätsstiftend ist», jedoch angesichts politischer Enttäuschungen schon relativ früh Diskussionen über die Organisation Aktionen zivilen Ungehorsams stattfanden. Gerade letztere scheinen dabei ein zentrales Element in Diskussionen über mögliche Reorientierungen der Handlungsstrategie der Bewegung zu sein (De Moor et al. 2020). Wie Dietz (2013b) anhand der Klimabewegung nach dem Klimagipfel in Kopenhagen (COP15) zeigte, führten Diskussionen über die Verstärkung der eigenen politischen Wirkung in der Klimabewegung in der Vergangenheit auch zu Überlegungen, bewegungsübergreifende Kooperationen mit politischen Organisationen und Bewegungen einzugehen. In Bezug auf die FFF-Bewegung weisen verschiedene Studien auf die inhaltliche und praktische Zusammenarbeit mit Umwelt-NGOs und anderen, teils erfahrenen Klimabewegungsakteur:innen hin (de Moor et al. 2021; Haunss und Sommer 2020; Eide und Kunelius 2020). Eide und Kunelius (2020) betonen dabei das strategische Bewusstsein der Aktivist:innen, welche unter anderem eine Bevormundung oder Vereinnahmung durch gezielte Ab-

grenzungen zu verhindern versuchen. Dies deckt sich auch mit der Feststellung, dass die Gruppen und Organisationen der Klimastreikbewegung um ein eigenständiges Profil bemüht sind (Sommer et al. 2019). Eine Netzwerkanalyse der US-amerikanischen Bewegung von Fisher und Nasrin (2021) zeigt wiederum auf, dass deren Netzwerke nicht über die Klimabewegung hinausweisen. Allerdings gibt es in der Klimastreikbewegung immer wieder Versuche, bewegungsübergreifende Bündnisse zu bilden, wie sie gerade für «sozial-ökologische Ansätze» in der Klimabewegung von Bedeutung sind (Sander 2016b: 36). Dies ist gerade in der Kampagne «Strike for Future» des Schweizer Klimastreiks ersichtlich. Die Untersuchung der Formierung solcher Allianzen stellt bisher ein Forschungsdesiderat dar.

Allgemein lässt sich über die existierende Forschungsliteratur festhalten, dass es umfassende quantitative Erhebungen über die Mobilisierungen der internationalen Klimastreikbewegung in deren aktivsten Jahr 2019 gibt. Jedoch fokussieren sich nur wenige Studien auf stark involvierte Klimastreikaktivist:innen, die in Klimastreik- oder Fridays For Future-Gruppen und international vernetzt aktiv sind. Weil die meisten Daten von vor der Coronavirus-Pandemie stammen, bleibt zudem offen, wie sich die Bewegung über die Pandemie und mit dem tendenziellen Rückgang der Aufmerksamkeit von Medien und Politik für ihre Anliegen entwickelt hat. Dies gilt sowohl in Bezug auf die soziale und politische Zusammensetzung, aber auch hinsichtlich interner Taktik- und Strategieebenen. Ein Forschungsdesiderat bildet auch die Untersuchung der Art und Weise, wie die Wirkung der Bewegung sowie verschiedene, teils konkurrierende Vorstellungen über Werte, Ziele und Vorgehensweisen von Aktivist:innen reflektiert und bewegungsintern verhandelt werden und wie sich dies auf die Entwicklung der Bewegung auswirkt.

Zur Schweizer Klimabewegung liegen bislang Demonstrationsbefragungen von Frühjahr und Herbst 2019 vor, die wesentliche Fragen zur Mobilisierung und zu soziodemografischen Merkmalen beinhalten (Guigni und Lorenzini 2020). Dabei deckt sich die soziale und politische Zusammensetzung der Teilnehmenden in der Schweiz grundsätzlich mit den oben beschriebenen Charakteristiken der europäischen Bewegung. Auffallend dabei ist aber, dass im Durchschnitt weniger Wahlberechtigte (92 Prozent) an den letzten nationalen Wahlen teilnahmen als im länderübergreifenden (hohen) Mittelwert (97 Prozent) (Neuber et al. 2020: S. 76). Weiter untersucht eine explorative Studie unter Zürcher Studierenden, welche Faktoren eine Teilnahme an einer Demonstration begünstigen (Colonna et al. 2021). Neben den oben beschriebenen, überrepräsentierten sozialen und politischen Merkmalen, wird dabei insbesondere das hohe Vertrauen in die Klimawissenschaft und die Verknüpfung der Demonstrationsteilnahme mit positiven Emotionen und einer politischen Wirkung hervorgehoben. Auf die-

ser Basis lässt sich festhalten, dass Daten zur Schweizer Klimastreikbewegung nicht nur spärlich vorhanden sind, sondern sich auch einzig auf dessen breiteren Mobilisierungen zu Demonstrationen beziehen. Die eigentlichen Aktivist:innen des Klimastreiks, deren Motive sowie strategische und inhaltliche Verortung im politischen Diskurs bleiben damit auch in der Schweiz in der Forschung bisher aussen vor.

Die Mobilisierungen der Schweizer Klimastreikbewegung können in eine Tradition ökologischer Bewegungen gestellt werden (Guigni 2019). Nach Guigni und Lorenzini (2020) zeichnete sich diese vor allem durch die Arbeit institutionalisierter Organisationen und weniger durch Proteste und öffentliche Mobilisierung, insbesondere konfrontative Aktionsformen aus. Ein Beispiel für eine solche Organisation, die gleichzeitig Gegenstand einer der wenigen Fallstudien über (Klima-)Bewegungsakteure ist, stellt der Verein «KlimaSeniorinnen Schweiz» dar (Keller und Bornemann 2021). Insofern stellt die Klimastreikbewegung als Jugendbewegung, die stark auf Mobilisierungen zu Demonstrationen setzt und dabei mit dem Schulstreik auf eine kaum verbreitete Aktionsform zurückgriff, auch in der Schweiz einen neuen Zyklus der Umwelt- und Klimabewegung dar (Guigni und Lorenzini 2020). Dabei erlebte die Schweiz nicht nur mit der Klimastreikbewegung, sondern auch mit den Mobilisierungen des Frauenstreiks bzw. feministischen Streiks im Jahr 2019 eine Welle an politischen Mobilisierungen, gerade für Demonstrationen, die zu den grössten der letzten Jahrzehnte gehören (Guigni und Lorenzini 2020).

Das Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen und von politischen Organisationen in der Schweiz kann im europäischen Vergleich als moderat beschrieben werden. Während vor allem politische Instrumente wie Referenden, Initiativen, die Wahlteilnahme und Petitionen genutzt werden, treten Demonstrationen und speziell konfrontative Protestformen seltener auf (Balsiger 2016; Guigni 2019). Dies wird mit dem offenen politischen System der Schweiz begründet, was sich vor allem in einer stärkeren Machtverteilung über föderale Strukturen, der Verfügbarkeit direkt-demokratischer Instrumente und konsensbasierten Integrationsprozessen zeigt (Kriesi und Wisler 1996; Hutter und Guigni 2009). Diese Offenheit erhöht für soziale Bewegungen auf der einen Seite die Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen, moderiert durch den Druck zur Integration und Konformität aber auf der anderen Seite gleichzeitig deren Aktionsrepertoire: Aufgrund der Verfügbarkeit institutioneller politischer Mittel werden unkonventionelle oder konfrontative Aktionsformen generell als weniger legitim angesehen und deren Anwender:innen vom politischen System ausgeschlossen (Kriesi und Wisler 1996).

Während es in der Forschung einen guten Überblick über die (historische) Bewegungslandschaft in der Schweiz gibt, mangelt es an konkreten Fall-

studien (Balsiger 2016). Insbesondere die Untersuchung interner Formierungs- und Verhandlungsdynamiken sowie das Zusammenspiel verschiedener sozialer Bewegungen und politischer Akteure stellt ein Desiderat sozialer Bewegungsforschung in der Schweiz dar. Zudem konzentrieren sich viele Studien auf stärker institutionalisierte politische Organisationen, während das Engagement in sozialen Bewegungen und stärker an unkonventionellen Aktionsformen orientierter Aktivismus kaum untersucht wird. Letzteres erscheint gerade im Angesicht des «Bewegungsjahres» 2019 von Bedeutung. So ist eine offene Frage, wie die Proteste der Klimastreik-Bewegung die politische Landschaft der Schweiz (mit-)verändert haben.

4. Methoden

Die Studie verfolgt einen «Mixed-Methods-Ansatz» und setzt sich aus einem quantitativen und einem qualitativen Teil zusammen. Das Zusammenspiel der Erhebungsmethoden dient der cross validation im Sinne einer Triangulation (vgl. Kelle/Erzberger 2000). Anwendung findet diese Methode vor allem bei neuartigen Fragestellungen, also einer explorativen Anlage der Untersuchung, bei der die Umrisse des Gegenstandes und seine Strukturierung noch nicht erschlossen sind (vgl. Frei und Nachtwey 2021, S. 7).

Der erste Teil der Studie ist eine quantitative Onlinebefragung der Aktivist:innen des Schweizer Klimastreiks. Die Daten entstammen aus einem eigens für diese Studie entworfenen Online-Survey. Der Zugang zum Survey wurde über Mailing-Listen und Social-Media-Kanäle, der Schweizer Klimabewegung distribuiert. Dafür haben wir das Tool «Limesurvey» entsprechend den Massstäben des Datenschutzes angewendet. Die Feldzeit des Online-Fragebogen war in zwei Phasen eingeteilt. Die erste Phase dauerte vom 15.6. bis zum 29.7. 2021 und die zweite vom 13.7. bis zum 27.07 2021. Nach einer Woche wurde je eine Erinnerung an die Umfrage geschickt. Es handelt sich um ein «convenient» Sample und damit um eine nicht-repräsentative Erhebung. Durch das Verfahren konnten wir 339 Personen erreichen, die die erste Seite der Studie angeklickt haben. Insgesamt haben 165 Personen den Fragebogen teilweise ausgefüllt und 130 Teilnehmer:innen vollständig. In die Analyse sind Antworten von vollständig und teilweise-ausgefüllten Fragebögen eingeflossen. Die Rücklaufquote ist nicht ermittelbar, weil es nicht nachvollziehbar ist wie viele Personen in den Mailing-Listen und Social-Media-Gruppen den Link zum Survey wahrgenommen haben. Die Items der Fragebögen wurden auf der Basis des deutschen Fridays-For-Future Demonstrationsfragebogens (Rucht et al. 2019) und des Swiss Household Energy Demand Surveys (Weber et al., 2017) ausgewählt. Einige Items wurden für unsere Zwecke angepasst. Die Daten wurden per SPSS deskriptiv analysiert.

Die quantitative Stichprobe setzt sich aus 51 % Männern und 45% Frauen zusammen (4% habe keine Angabe gemacht). Die Altersspanne reicht von 15 bis 69 Jahren und der Altersdurchschnitt lag bei 27 Jahren. Weitere Details sind im nachfolgenden Kapitel zu finden.

Der zweite Teil der Erhebung besteht aus einer qualitativen Befragung von 15 Aktivist:innen des Klimastreiks. Diese hat zum Ziel, einzelne Aspekte der politischen Orientierung der Befragten zu vertiefen. Dabei geht es insbesondere um Fragen der inhaltlichen und taktischen Ausrichtung des Klimastreiks sowie um die individuelle Verortung im politischen Diskurs der Schweiz. Im Sample sind die verschiedenen Stossrichtungen und Kampagnen im Klimastreik repräsen-

tiert. Um die Heterogenität der Bewegung und kontrastierende Fälle im Sample darzustellen, wurden vorab Kategorien festgelegt, die im Einbezug der Interviewpartner:innen berücksichtigt wurden (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 184). Die Kategorien wurden durch Informationen aus Vorgesprächen mit persönlichen Kontakten im Klimastreik sowie in Hinblick auf Themen in der Forschungsliteratur festgelegt. Es handelt sich um folgende Dimensionen: 1. Aktivität in Kampagnen und Aktionen; 2. Inhaltlich-strategische Positionierung (v.a. in Bezug auf politische Ziele, Selbstverständnisse, Aktionsformen und Machtressourcen der Bewegung); 3. Dauer des Engagements; 4. Art der Aktivität (lokal, national, international).

Auf Basis dieser Dimensionen setzt sich das Sample zusammen aus 15 Aktivist:innen (8 m, 7w) im Alter zwischen 17 und 30 Jahren (Durchschnittsalter 20.5 Jahre). 4 Befragte sind in der französischen Schweiz, der Rest in der Deutschschweiz wohnhaft und aktiv (dies entspricht etwa der Verteilung in der Online-Umfrage). Ungefähr die Hälfte der Aktivist:innen leben in einer Grossstadt oder in deren Agglomeration, nur 2 wohnen in einem ländlich geprägten Dorf. Die Mehrheit der Befragten waren zur Zeit des Interviews im Gymnasium oder studierten, gut ein Viertel waren hauptberufstätig oder in einer Lehrausbildung. In der Dauer und Art ihres Engagements stellen sich unterschiedliche Erfahrungen der Aktivist:innen dar. Seit Beginn aktiv (zwischen Dezember 2018–Februar 2019) sind 6, noch vor der Corona-Pandemie (März 2019–Januar 2020) aktiv geworden sind 2 und während der Pandemie (Februar 2019–aktuell) in den Klimastreik gelangt sind 5 der Befragten. Während 8 sich nur auf lokaler oder regionaler Ebene engagieren, sind 7 auch auf nationaler Ebene in Arbeitsgruppen oder Koordinationsprozessen tätig, wovon 2 zusätzlich auf internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit anderen Fridays for Future-Bewegungen traten.

Die Rekrutierung der Interviewpartner:innen erfolgte einerseits über die parallel durchgeführte Online-Umfrage, in der Teilnehmende ihre Kontaktdaten für ein Interview hinterlassen konnten, andererseits über ein «Snowball-Sampling» (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 185), in dem Interviewpartner:innen und persönliche Kontakte im Klimastreik nach Empfehlungen für weitere Interviewpartner:innen gefragt wurden. Durch diese zwei Rekrutierungsweisen konnten sowohl in der Online-Umfrage unterrepräsentierte Teile der Bewegung eingebunden als auch der mögliche Sample-Bias aus den Empfehlungen umgangen werden.

Die Interviewdaten wurden mittels der Methode des problemzentrierten Interviews nach Witzel (2000) erhoben. Diese zeichnet sich sowohl durch die für die qualitative Sozialforschung wichtige Offenheit für die Relevanzsetzungen der Interviewpartner:innen als auch durch den Einbezug von sich aus Vorwissen konzipierten Fragen über feldrelevante Problemstellungen aus.

Dafür orientierte sich das Vorgehen im Interview an einem Leitfaden, welcher das Interview grob in verschiedene Themenblöcke strukturiert und offene, erzählungsgenerierende Fragen, sowie stärker problemzentrierte und verständnisgenerierende Nachfragen enthält. Die Interviews wurden, je nach Präferenz der Interviewpartner:innen, über Zoom oder in Präsenz an einem vereinbarten Ort auf Deutsch oder Englisch durchgeführt und mittels einem Aufnahmegerät aufgezeichnet. Anschliessend wurden die Interviewdaten inhaltlich-semantic transkribiert und für die Auswertung pseudonymisiert. Die Auswertung erfolgte nach den Standards qualitativer Inhaltsanalyse (Kuckartz 2016). Dabei wurde eine induktive Codierstrategie verfolgt und die Codes rekursiv in Auseinandersetzung mit dem Material angepasst. Für die Analyse wurde die Software Atlas.ti 9 verwendet.

Auf Grundlage einer umfassenden Codierung des Materials wurden in diesen Bericht insbesondere diejenigen Interviewpassagen einbezogen, die Aufschluss über (a) Ziele und Motivationen, (b) politische Positionierung und (c) Zukunftsdebatten der Bewegung geben. In den folgenden Zitaten wurden die Transkripte insofern geglättet als dass Füllwörter, Versprecher und Wortwiederholungen entfernt wurden, ohne dies im Einzelnen zu markieren. Inhaltliche Auslassungen werden durch [...] markiert.

5. Wer sind die Klimastreikenden und was wollen sie?

Auf Grundlage der quantitativen Befragung lässt sich die soziale Zusammensetzung des Schweizer Klimastreiks nachvollziehen. Auf Grundlage der qualitativen Interviews konnten die Zielstellungen der Aktivist:innen erhoben werden. Obwohl der Klimastreik als heterogene Bewegung bezeichnet werden kann, ist auffällig, dass in den Interviews alle Befragten einheitlich «Netto Null bis 2030», «Klimagerechtigkeit» sowie «Systemwandel» als Ziel der Bewegung angeben. Dies entspricht auch drei von vier offiziellen Forderungen des Klimastreiks. Im Folgenden wird auf diese Forderungen im Einzelnen eingegangen. Im Anschluss daran werden die persönlichen Motivationen der Befragten rekonstruiert, sich an der Bewegung zu beteiligen.

5.1. Wer sind die Schweizer Klimastreikenden?

Insgesamt lässt sich – in Übereinstimmung mit internationalen Studien – festhalten, dass die befragten Aktivist:innen einen recht hohen Bildungsgrad haben. In ökonomischer Hinsicht stammen sie zumeist aus recht gut situierten Verhältnissen, was in Übereinstimmung mit ihrer Selbsteinschätzung als Zugehörige der oberen Mittelschicht steht. Auffällig ist, dass ein grosser Teil der Befragten aus einem Elternhaus stammt, das im Gesundheits-/Sozial-/Erziehungssektor oder in der Lehre beschäftigt ist (23% Väter, 61% Mütter).

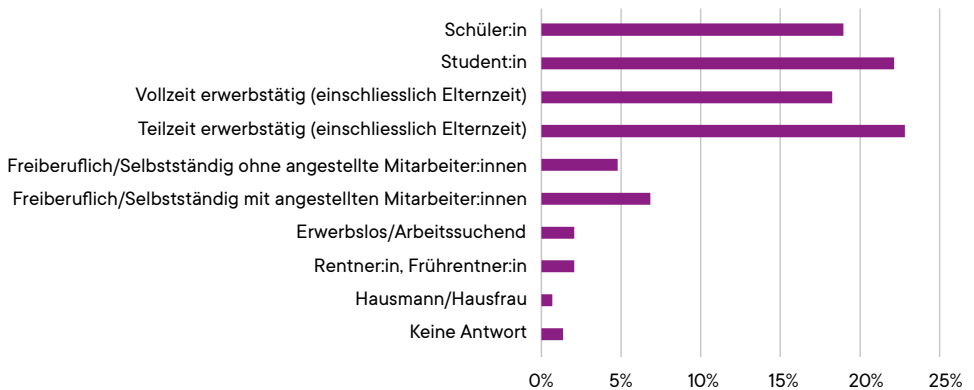
Der grösste Anteil der Befragten hat die Sekundarstufe II bzw. das Gymnasium abgeschlossen (32%).

Bildungsstand: Höchster Ausbildungsgrad (Prozent)



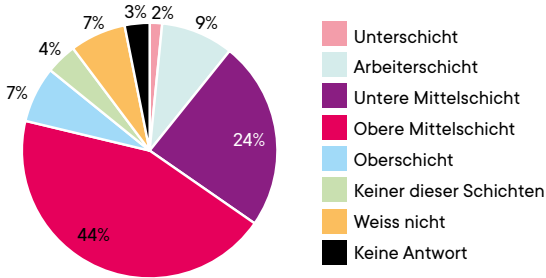
Der grösste Teil der Befragten gab an, in Teilzeit erwerbstätig zu sein (23%), gefolgt von Studierenden (22%), Schüler:innen (19%) und Vollzeit-Erwerbstätigen (18%).

Beschäftigungssituation (Prozent)



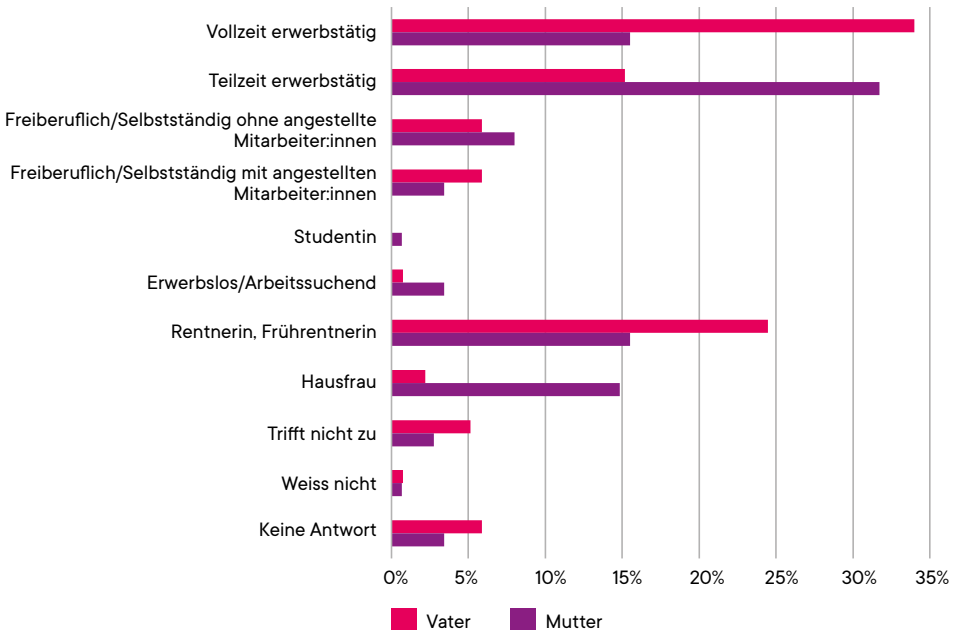
Die Befragten teilen sich selbst überwiegend der oberen Mittelschicht zu (44%).

Zugehörigkeit Unter-/Mittel-/Oberschicht



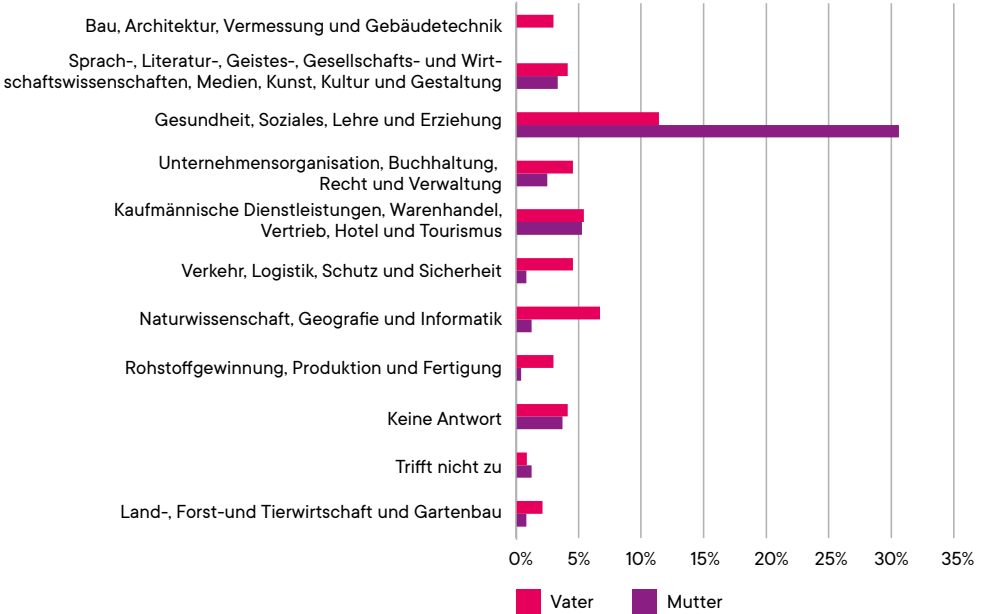
Ein Grossteil der Eltern der Befragten sind in Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig (34% Väter, 16% Mütter bzw. 15% Väter, 32% Mütter) oder Rentner:innen oder Hausfrauen/-männer. Arbeitssuchend/erwerbslos sind lediglich 1% der Väter und 3% der Mütter.

Beschäftigungssituation der Eltern (Prozent)



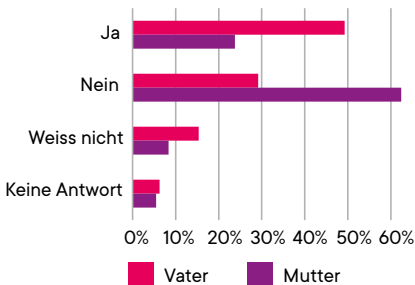
Der grösste Anteil der Eltern der Befragten sind im Gesundheits-/Erziehungssektor/ Lehre/Soziales beschäftigt (23% Väter, 61% Mütter).

Letzter Arbeitsbereich der Eltern (Prozent)



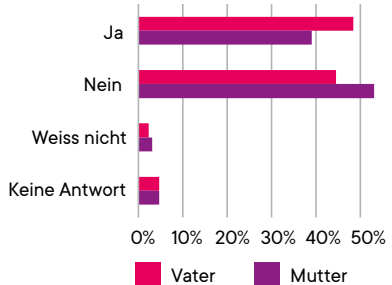
49% der Väter und 24% der Mütter haben/hatten Personalverantwortung.

Personalverantwortung der Eltern (Prozent)



Die Eltern haben zu 48% (Väter) bzw. 39% (Mütter) einen Hochschulabschluss.

Hochschulabschluss der Eltern (Prozent)



5.2. Netto Null

Mit der Forderung «Netto Null bis 2030» ist gemeint, dass die Schweiz bis zum Jahr 2030 eine CO₂-Neutralität erreichen soll, also nicht mehr Emissionen ausstösst als sie (selbst) kompensieren kann. Die qualitativ Befragten sind sich einig, dass ohne die Erreichung dieses Ziels die Schweiz das Pariser Klimaabkommen mit seiner Forderung, die globale Erwärmung auf 1,5° oder zumindest unter 2° Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu beschränken, nicht einhalten wird. Eine in ähnlicher Weise von verschiedenen Befragten geteilte Interpretation lautet:

“ Das Ziel, bis 2030 Netto Null Emissionen zu erreichen, ist sehr wichtig, denn diese Ziele werden von der Wissenschaft gesetzt. Es ist also eine Tatsache, dass wir 2030 Netto Null Emissionen haben müssen, wenn wir das Pariser Abkommen akzeptieren wollen. Ich denke also, dass dieses Ziel für uns unumstösslich ist. Alles, was über 2030 hinaus geht, wird uns mehr und mehr in Schwierigkeiten bringen. (I#11, übers.)

Auch eine andere Person erklärt: «in meiner Interpretation des Pariser Klimaabkommens ist Netto Null 2030 eigentlich das einzig Richtige.» (I#14) Die Aktivist:innen gehen davon aus, dass bei Nichterreichen dieses Ziels das gesamte Ökosystem schweren Schaden nehmen wird: «Mit den Kippunkten ist das einfach klar wissenschaftlich erwiesen, dass sobald das 1.5° Ziel überschritten wird [...] die Chance von Kippunkten immer grösser wird, also das sozusagen das Klimasystem ausser Balance gerät. Und das ist dann irreversibel.» (I#4) Eine Person koppelt sogar die Entscheidung, ob sie Kinder bekommen will, an die Erreichung des Ziels von Netto Null bis 2030:

“ es ist die Frage, ob man selbst Kinder haben will. Ich orientiere es an dem. Also wenn die Schweiz bis 2030 Netto Null hat, habe ich das Gefühl, OK, es gibt noch Hoffnung, vielleicht kann man das Schlimmste eindämmen. Dann überlege ich es mir nochmals, Kinder zu haben. Aber wenn es nicht mal die Schweiz bis 2030 Netto Null schafft, dann schaffen wir es international sowieso nicht mehr die Klimakrise genug einzudämmen. (I#6)

Es gibt unter den Befragten unterschiedliche Ansichten darüber, wie Netto Null erreicht werden soll. Uneinigkeit herrscht etwa über die Rolle technischer Lösungen für die Klimakrise. Manche Befragte sprechen sich etwa für Carbon Capture Technologien aus, mit denen CO₂ aus der Luft gebunden werden soll (I#3). Andere halten es für «einfach mega vom Thema ablenkend, wenn man die ganze Zeit darüber redet, was für technologische Lösungen es noch geben könnte» (I#6). Auch die Frage der Kompensation von Emissionen wird unterschiedlich beurteilt. Während einige Befragte verschiedenen Kompensationsmechanismen eine wichtige Bedeutung zuschreiben, glauben viele, dass dies den Ausstieg aus der

fossilen Energie verzögere. Stattdessen gehe es darum, dass man «so schnell wie möglich, den Verbrauch fossiler Brennstoffe auf null [...] herunterbringt.» (I#13)

5.3. Klimagerechtigkeit

Neben dem Ziel «Netto Null» herrscht in den Interviews grosse Einigkeit über die Wichtigkeit von Klimagerechtigkeit. Unter diesem Schlagwort werden verschiedene Forderungen nach einer sozial gerechten Klimapolitik gefasst. Eine Person fasst es so zusammen: «dass dieser Wandel, den wir brauchen, einerseits sozialverträglich sein muss und dass man nicht nur auf die Schweiz schauen kann.» (I#10). Es geht also sowohl um eine innergesellschaftliche als auch eine internationale Vorstellung von Gerechtigkeit.

Zunächst kritisieren die Aktivist:innen, dass der Klimawandel die gesellschaftliche Ungleichheit verschärfen würde. Eine Person erklärt: «Also diese Ungleichheit wird krasser, weil die Leute, die nichts haben, die werden es [den Klimawandel] noch viel mehr spüren [...]. Die Schere geht weiter und weiter auseinander, das kann nicht sein. Ich denke das führt auch zu sozialen Unruhen. Das macht mir übrigens am meisten Angst, wenn es um den Klimawandel geht.» (I#3) Diese Problemdiagnose wird insofern auf die Forderungen der Bewegung übertragen, als dass differenziert wird zwischen Akteuren, denen eine hohe Verantwortung für den Klimawandel zugesprochen wird und jenen, die diesen vor allem erleiden müssen: «Es ist ja Fakt, dass die zehn Prozent reichsten Menschen mehr als die Hälfte der Treibhausgasemissionen verursachen. Man sieht, dass es wie auch eine grosse Ungerechtigkeit gibt, die diese Krise überhaupt verursacht und auch diese muss eigentlich verhindert werden, um überhaupt die Klimakrise bewältigen zu können.» (I#4) Diese ungleiche Verantwortung für die Klimakrise übertragen die Aktivist:innen auf die Forderung, dass die Hauptverursacher:innen auch diejenigen sein müssten, die zuallererst zur Lösung der Krise beitragen müssten:

“ Die Klimakrise ist im Endeffekt ein Problem globaler Ungleichheiten und von globalen Verteilungsungleichheiten und dass man dort ansetzen muss. Dass man wirklich sagt, es geht ja nicht darum, dass jeder seinen kleinen Beitrag machen, sondern dass Gewisse ihren grossen Beitrag machen und dass andere auch effektiv vielleicht noch mehr konsumieren müssen, weil ihre gegenwärtigen Konsumniveaus wirklich einfach nicht einen genügenden Lebensstandard garantieren. (I#2).

Eine andere Person ergänzt: «Das ist so ein bisschen das Verursacher:innenprinzip, also eben, die Menschen, die viel verursacht haben, sollen auch die sein, die jetzt möglichst viel, schnell Treibhausgasemissionen reduzieren. Ähm und alle Folgen, die auf Menschen fallen, sollen möglichst auch mithilfe von denen, die

es verursacht haben, irgendwie halt gemässigt werden, also sei das jetzt irgendwie mit Geld oder Unterstützung oder Katastrophenschutz.» (I#4) Dieses Verursacher:innenprinzip nimmt laut den Aktivist:innen auch die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt besonders in die Pflicht:

“ Eine wichtige Forderung ist, dass die Schweiz als reiches Land auch vorangehen muss und zeigen kann, wie das funktioniert. Auch wenn wir jetzt quasi nicht die ersten sind, die mega stark davon betroffen sind. [...] Und dass eben die Schweiz auch die Verantwortung übernimmt und auch früher als sie vielleicht müssten, weil sie auch halt mehr Verantwortung haben, weil sie auch schon, quasi auf die längere Zeit gesehen, durch die frühe Entwicklung auch schon mehr CO₂ ausgestossen haben. (I#7)

Für einige Befragte hat die Verbindung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit auch eine strategische Dimension:

“ Ich denke, die Ursache [für die Untätigkeit] ist halt schon immer auch die Angst der Leute, die sie natürlich haben, wenn jetzt etwas teurer wird. So, oh, kann ich mir das noch leisten? Habe ich Probleme, um dann vielleicht noch mir die Heizkosten zu leisten? Oder, wenn jetzt das Gesetz angenommen wird, muss ich dann gerade mein ganzes Haus umbauen und die ganze Heizung austauschen. Und ich denke, da ist halt wirklich wichtig, dass man, halt eben, wenn neue Gesetze kommen, den Leuten aufzeigt so, so werdet ihr unterstützt und so läuft das ab, ähm dass eben auch Leute, die zum Beispiel eher knapp bei Kasse sind, die dann halt sagen, ja, dann kann ich mir zum Beispiel das Auto nicht mehr leisten, [...] dass man diesen Leuten aufzeigt so und so kann es gehen auch ohne dass quasi du gerade Pleite gehst in den nächsten Tagen. (I#7)

Die Hoffnung der Befragten ist also, dass sich mehr Personen, gerade aus den unteren Schichten, von der Sache des Klimastreiks überzeugen lassen werden, wenn sie nicht befürchten müssen, durch Klimaschutz materiell (noch) schlechter gestellt zu werden. Eine Person konkretisiert diese Problematik anhand der Diskussion über das gescheiterte Schweizer CO₂-Gesetz, das vor allem auf eine höhere Bepreisung von CO₂-Emissionen gesetzt hatte:

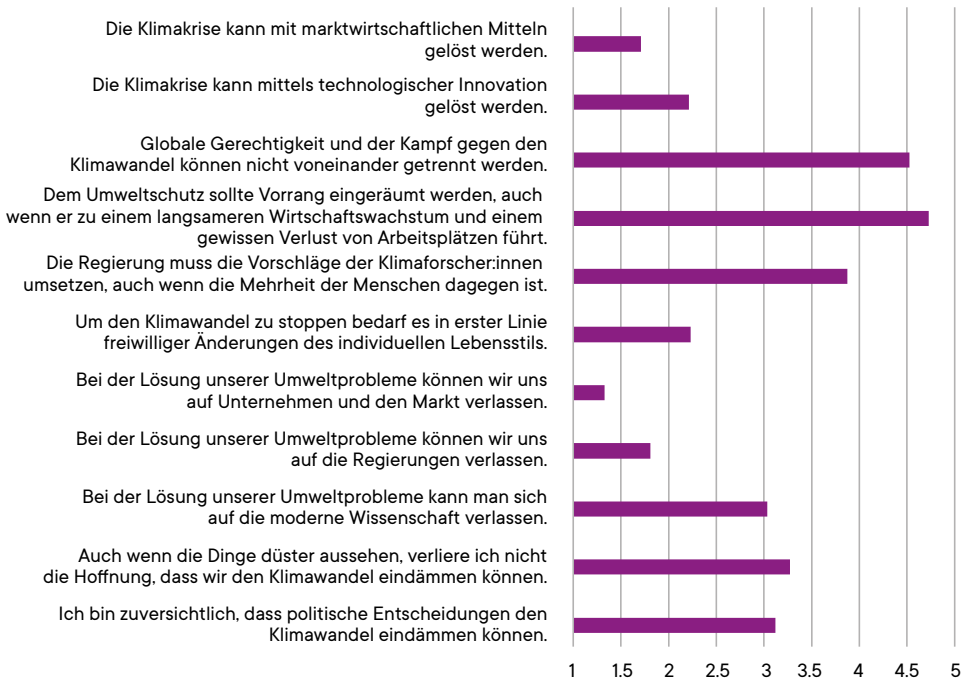
“ Ein gutes Beispiel ist halt das CO₂-Gesetz, das stark geprägt worden ist von auch der FDP, aber dann natürlich von der Linken auch getragen werden musste, weil, es ist halt schon besser als nichts. [...] So war es jetzt die Diskussion, um das Geld, wo halt das das grosse Thema war, ob das jetzt den ärmeren Bevölkerungsschichten schadet oder nicht, während die konkrete Lage oder Absenkpfade und so, wie sie nötig wären, kein Thema waren in den Medien und in der Debatte. [...] Gleichzeitig ist das halt wie-

der eine Situation gewesen, wo man vielleicht nicht unbedingt die ärmeren Bevölkerungsschichten abholen konnte, obwohl ja eigentlich die linke Politik schon auch eher den ärmeren Bevölkerungsschichten zugewendet ist, und so halt einfach das Spielfeld aufmacht für die SVP, die die dann wieder abholt. (I#14)

Das Argument lautet hier also, dass ärmere Menschen befürchtet hätten, durch das CO₂- Gesetz materiell noch schlechter gestellt zu werden. Diese Angst sei von Gegner:innen eines effektiven Klimaschutzes wie der SVP genutzt worden, um erfolgreich gegen das Gesetz Stimmung zu machen. Vor dem Hintergrund dieser und ähnlicher Erfahrungen scheint es den meisten befragten Aktivist:innen besonders wichtig, bei allen geforderten Klimaschutzmassnahmen von Anfang an den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit mitzudenken und vor allem auch öffentlich zu kommunizieren.

.....

Zukunft und Lösungsansätze (Zustimmung zu folgenden Aussagen) (Skala 1-5)



(Note: Durchschnittswert; Skala 1 überhaupt nicht bis 5 voll und ganz).

.....

Wie zu erwarten, wird marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen wenig Vertrauen geschenkt, aber auch wissenschaftlichen und technologischen Lösungen sowie Regierungen wird nicht überwiegend vertraut. Auch individuelle Lebensstiländerungen wird nicht als möglicher Lösungsweg angesehen. Damit unterscheiden sich die Aktivist:innen von den Teilnehmer:innen an Klimastreikdemonstrationen im Jahr 2019, welche dies bestes Mittel bewerteten. (Neuber et al. 2020: 84).

5.4. Systemwandel

Neben Netto Null Emissionen und Klimagerechtigkeit ist ein «Systemwandel» die dritte zentrale Forderung in den Interviews. Diese Forderung leiten die Aktivist:innen hauptsächlich daraus ab, dass sie der Überzeugung sind, das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sei nicht in der Lage, die notwendige sozial-ökologische Transformation herbeizuführen. So erklärt eine Person:

“ dass eigentlich das aktuelle System, das jetzt vorherrscht, nicht wirklich nachhaltig ist und für mega grosses Leid verantwortlich ist. Und ich denke, dass das System eigentlich gescheitert ist, irgendwie Antworten zu finden auf die Ungerechtigkeiten oder, ja, auch auf diese verschiedenen Krisen, die anstehen. Ich denke, dass man das System jetzt überwinden muss und ich denke, der Klimastreik hat ein sehr grosses Potential dazu. (I#10)

Mit «System» meinen die Befragten in diesem Sinne einerseits das kapitalistische Wirtschaftssystem, das sie mit einem Zwang zum Wirtschaftswachstum und zur Profitmaximierung verbinden. Darüber hinaus wird unter diesem Begriff aber auch die Form der Regierung und die allgemeine Lebensweise gefasst:

“ Dieses System ist nicht in der Lage, bis 2030 Netto Null zu erreichen. Das bedeutet also, dass wir uns komplett verändern müssen, um das Ziel bis 2030 zu erreichen. Für mich ist das eine totale Transformation unserer Gesellschaft. Die Art und Weise, wie wir Entscheidungen treffen, also das politische System, muss sich auf eine solche Krise einstellen. Und das gilt auch für das Wirtschaftssystem. Das basiert auf ewigem Wachstum. Wir müssen diese Denkweise ändern, unsere Art zu produzieren, unsere Art zu konsumieren ändern. Es geht um eine totale Veränderung und Transformation einer Gesellschaft. Das mag natürlich idealistisch sein, aber das ist es, was wir erreichen müssen, wenn wir die Schäden begrenzen wollen. (I#11)

Der wichtigste und weitgehend geteilte Kritikpunkt der Befragten am kapitalistischen Wirtschaftssystem ist, dass unbegrenztes Wachstum generell nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sei. Sie argumentieren, dass «grünes Wachstum nicht möglich ist.» (I#14) Eine Person führt aus: «Das ist als erstes, also einfach glo-

bal, dass wenn man ernsthaft die ökologische Frage sich anschaut, dass das mit globalem Wachstum nicht zusammengeht.» (I#15) Auch eine weitere Person argumentiert ähnlich:

“ Was für mich wichtig ist, dass es allgemein nicht mehr darum gehen soll, dass man immer mehr Profit hat oder dass es immer mehr wächst, sondern dass es eigentlich ein Degrowth braucht und dass es, also vielleicht nicht in allen Sektoren, natürlich braucht es in gewissen Sektoren auch irgendwie ein Wachstum, aber grundsätzlich, dass eigentlich die Wirtschaft aufhören muss zu wachsen und dass es auch bedürfnisorientiert sein sollte. Also gerade zum Beispiel ein Care-Bereich, also ein Bereich, wo es um Pflegen, um Erhalten geht, müsste ausgebaut werden. Gerade auch im Hinblick auf die Folgen der Klimakatastrophe, dass man sich auch überlegt, ja es braucht auch Leute, die schauen, dass irgendwie, wenn ein Wald brennt, dass der gelöscht wird, oder wenn irgendwie immer mehr Land kaputtgeht, dass man auch auf das versucht entgegenzuwirken. Dass es mehr darum geht, was sind unsere Bedürfnisse und nicht nur um Profit und Wachstum. Ich glaube, das ist für mich schon in dem Sinne ein Systemwandel. (I#4)

Im Unterschied zu anderen kapitalismuskritischen Bewegungen scheinen die Klimastreikenden sich nicht aus Prinzip gegen «das System» zu stellen, sondern sie leiten die Forderung nach einem Systemwandel aus der konkreten Wahrnehmung ab, dieses sei unfähig mit der Klimakrise umzugehen oder habe diese direkt verursacht. In diesem Sinne sind sich auch einige Befragte noch nicht sicher, ob ein Systemwandel notwendig sein wird:

“ Ist er wirklich nötig für ein Netto Null oder schafft man es irgendwie auch noch anders? Und ich glaube, da bin ich mir selbst auch nicht ganz sicher. Ich glaube, was ich so wissenschaftlich mitbekommen habe, wäre ein System Change praktisch einfacher oder vor allem die Wachstumsfrage, ohne Wachstum wäre der Energiebedarf weniger. Also, ich bin da grundsätzlich auch immer offen und der Meinung, wenn wir tatsächlich irgendwie einen Weg finden, wie wir's in diesem System schaffen und der ist einfacher als mit einem System Change, dann verzichte ich auf einen System Change, auch wenn ich ihn grundsätzlich glaub gerne hätte. (I#13)

Eine andere Person gibt zu bedenken:

“ Ich finde, einfach nur System Change fordern ist sehr einfach und banal und teilweise muss halt auch, es ist hart in der Politik, so, man muss kämpfen und kämpfen und kämpfen und man kommt kaum vorwärts, hat man das Gefühl. Aber, wir haben jetzt einfach mal das System und eine gewaltsame Revolution ist einfach keine Option, das steht überhaupt nicht

irgendwie in Frage. Das heisst, wir müssen mit dem System, das wir jetzt haben, arbeiten und man kann ja auch das System langsam wandeln zu einem System, das, eben, ökologisch-nachhaltig funktioniert. [...] Aber es ist halt immer ein gewisses Risiko, wenn man jetzt das System hat, das das Ganze so zerstört hat, sage ich mal, oder für das Ganze eigentlich verantwortlich ist, in diesem System zu bleiben. Aber welches System dann die perfekte Lösung ist, ist mega schwierig zu sagen. (I#7)

Über die Beurteilung der Frage, ob man bereits an dem Punkt angelangt sei, an dem sich endgültig erwiesen hat, ob der Kapitalismus zu einer sozial-ökologischen Transformation in der Lage ist oder nicht, herrscht keine Einigkeit unter den Befragten. Allerdings wird die Forderung nach einem Systemwandel in allen Interviews angesprochen und scheint ein wichtiges Thema innerhalb der Bewegung zu sein: «die grosse Streitfrage ist schon vor allem als Wirtschaftssystem, kann man weiter wachsen oder nicht?» (I#13)

Die meisten Befragten haben keine konkrete Vorstellung davon, was an die Stelle des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems treten könnte. Weit verbreitet scheint die Position: «Ich weiss noch nicht gerade, wie es sein wird. Aber so, wie es im Moment ist, geht es sicher nicht weiter.» (I#12) Eine Person führt aus:

“ Ich habe keine konkrete Vorstellung, wie es jetzt sein muss, sondern, eben, das Wichtige ist schlussendlich, dass die Missstände jetzt aufgehoben werden. Und da bin ich grundsätzlich auch offen für ganz andere Systeme, die in Richtung Sozialismus gehen, irgendwie Vergemeinschaftlichung von Banken und Grosskonzernen. Aber eben, es muss nicht sein, ich bin auch offen für Lösungen, die einfach stark ähm den Markt wieder so irgendwie eingrenzen, dass grosse Monopolbildungen nicht möglich sind, dass Ausbeutung von Mensch und Umwelt nicht möglich ist und so weiter. In meinen Augen, ein Systemwandel ist wie nicht mehr zu umgehen, auf den einen oder den anderen Weg. Aber ich sehe auch, eben, dass grosse, grosse Angst da ist, gerade bezüglich Sozialismus. Und dass da halt Ängste da sind, die der Sache auch schaden würden, wenn man es durchdrücken würde, definitiv. Ähm darum sehe ich es auch sinnvoller, irgendwo Systeme zu finden oder Systemanpassungen zu finden, die mehrheitsfähig sind oder die halt keine negativen Konnotationen haben zum Kommunismus, wie wir ihn bis jetzt erlebt haben. (I#14)

Weitere Personen rücken vor allem die Forderung nach einer «Kreislaufwirtschaft» (I#10) bzw. der Lokalisierung und Verkleinerung der Wirtschaftskreisläufe und der gesellschaftlichen Einheiten ins Zentrum:

Ich sehe mega die Zukunft darin, dass wir ein bisschen kleinere Gesellschaften [haben], also so ein bisschen kommunenartig [...], dass man Stadtteile hat und dann wirklich versucht, dort zu leben, ökonomisch und ökologisch aufbauen. [...] Ich sehe einen System Change für eine Gesellschaft soweit, dass man keinen Gewinn mehr machen darf, in dem man Menschen ausbeutet und ökologisch die Erde zerstört. Ich glaube, [das ist] der erste Schritt, die ganze Erde nicht mehr zu zerstören, weil ich glaube, wir Menschen sind momentan nicht fähig, um nicht andere Menschen zu zerstören, weil wir so stark davon profitieren, dass es möglich ist. Aber im optimalen Fall, müsste man in ökologischen Städten leben können, wo alles möglichst nahe erreichbar ist, wo auch in dem Lebensstandard nicht das Ziel ist, mal ein mega grosses Haus zu haben und irgendwelche Porsche und weiss ich nicht was, dass man etwas anderes in den Vordergrund stellt. (I#8)

Eine andere Person bezeichnet die Perspektive eines «Ökosozialismus» als präferiertes Ziel, bei der es vor allem um eine Demokratisierung der Wirtschaft gehen soll:

“ Wenn man ein konkretes Wort darauf tun will: Ökosozialismus. Und zwar wirklich im Sinne von, dass man als Gesellschaft demokratisch und kollektiv entscheidet, was man wie für wen produzieren will. Und das erfordert halt, dass man einerseits, eben, jetzt zum Beispiel Miete, dass man selbst das Wohneigentum verwalten und gestalten kann, wo man drin wohnt, dass man selbst den Arbeitsplatz, wo man drin tätig ist, gestalten und verwalten kann und dass man als gesamtgesellschaftliches Kollektiv entscheiden kann, wer produziert was wie. [...] Also, mein Gesellschaftsideal ist jetzt nicht eins, wo alle Menschen irgendwie selbstversorgend leben, das halte ich bei der gegenwärtigen Bevölkerungszahl nicht für realistisch, aber eines, wo man als Gesellschaft zu einem demokratischen Wirtschaftssystem findet, eigentlich. (I#2)

Die Heterogenität dieser Antworten zeigt bereits, dass es sich beim Thema Systemwandel um ein umstrittenes Thema im Klimastreik handelt. Obwohl fast alle Befragten von der Notwendigkeit eines Systemwandels überzeugt sind, gibt es bezüglich der konkreten Erfüllung dieser Forderung scheinbar Differenzen. So erklärt eine Person:

“ Dass wir seit drei Jahren streiten, ob wir uns als antikapitalistische Bewegung bezeichnen sollten. Also, in der Westschweiz bezeichnen wir uns klar als antikapitalistische Bewegung, in der Deutschschweiz ist das unmöglich. Wir haben jetzt mittlerweile in der Westschweiz Positionen, wir

müssen das auf nationaler Ebene nicht mehr diskutieren. Wir hatten schon nach zwei Jahren das Gefühl, wir müssen das eigentlich nicht mehr diskutieren und das sind halt dann eher Deutschschweizer Menschen, die antikapitalistisch sind und halt gerne sich antikapitalistisch politisieren würden, was sie dann manchmal wieder auf die Agenda bringen. Aber wir haben uns schon ein bisschen damit abgefunden, dass halt die Bewegung heterogen ist und die nationale Ebene weniger radikal ist als wir. Und solange wir unsere Dinge machen können, ist uns das eigentlich auch, also soll halt jede Region machen, wie sie will. (I#2)

Trotz dieser Differenzen bezüglich konkreter Begrifflichkeiten sind sich die Befragten weitgehend einig, dass die Forderung nach einem Systemwandel vor allem darauf abzielt, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken. So fasst eine Person zusammen, dass «ein Systemwandel so aussehen würde, dass einfach die Bevölkerung sich für Klimaschutz entscheiden kann, ohne befürchten zu müssen, nachher selbst ohne Geld dazustehen.» (I#6)

5.5. Persönliche Motivationen

Vielen Befragten fällt es in den Interviews schwer, die Frage nach ihrer anfänglichen Motivation, sich dem Klimastreik anzuschließen, überhaupt zu beantworten, da es ihnen beinahe selbstverständlich scheint, sich gegen die Bedrohung des Klimawandels zu engagieren. «Es [ist] so gar keine Frage gewesen für mich», erklärt eine Person (I#13). Eine andere sagt: «Es ist das Richtige zu tun. Ja, dass man das muss, also man muss etwas tun.» (I#15) Ausschlaggebend sind aber für die meisten Befragten «natürlich irgendwie die wissenschaftlichen Fakten» (I#4). Eine Person erklärt: «meine Motivation kommt auch aus den Fakten, dass ich wie nicht anders kann, glaube ich, als etwas zu machen, rein von der Faktenlage her.» (I#13) Alle erklären, sich mehr oder weniger intensiv mit der Klimaforschung befasst zu haben. Viele der Befragten nennen ein konkretes Buch, eine Broschüre oder auch eine Episode aus dem Schulunterricht als erste Begegnung mit dem Thema. Insbesondere für diejenigen, die später zur Bewegung hinzugestossen sind, war es auch der Klimastreik selbst, der sie überhaupt erst dazu gebracht hat, sich mit dem Thema zu beschäftigen und sich der Bewegung infolgedessen anzuschließen:

“ [Es war] die ganze Bewegung dann, die sich dann daraus gebildet hat mit der Zeit, die mich fasziniert hat und dann auch mich mehr darüber informieren lassen hat, warum sind so viele Leute jetzt da. Also ich habe wie immer gewusst, Klimawandel und so ist da, aber mir war [das] nie so bewusst. [...] Vor, wann war das, drei, vier Jahren, als die Klimastreiks an-

gefangen haben [...] hat man sich angefangen zu informieren und gemerkt so, oh, der Erde geht es ja eigentlich viel schlechter als man so einfach in der Schule oder so mitbekommen hat. Man sich einfach so angefangen wirklich damit zu befassen und gemerkt, wie schlecht es der Welt wirklich geht in Bezug auf das Klima und hat dann auch gefunden, ja, da muss jetzt etwas gehen, ist dann auch an die Streiks gegangen.» (I#7)

Ausschlaggebend für die konkrete Form des Engagements im Klimastreik ist für die meisten die Kombination aus einer Faktenlage, die auf eine Klimakatastrophe hindeute und der gleichzeitig wahrgenommenen Untätigkeit politischer Verantwortlicher. Eine Person erklärt: «Die Situation ist recht unbefriedigend momentan und es muss etwas gemacht werden. Und ähm es funktioniert nicht, einfach zu warten, bis es die anderen machen, weil es die anderen nicht machen.» (I#14) Betont wird insbesondere der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Dimensionen einer Klimakatastrophe und einer politischen Untätigkeit. Letzterer wollen sich die Klimastreikenden entgegenstellen, indem sie – weitgehend ausserhalb der politischen Institutionen – aktiv werden:

“ Ich glaube einfach, dass es zu spät ist, um zu warten, bis die Politik doch noch einsieht, dass man handeln muss. Ähm ich sehe, dass wir auf einen Ökokollaps [zusteuern], auf einen Kollaps, den wir Menschen noch nicht checken und realisieren, wie schlimm, dass die Ausmasse sind. Ich sehe, dass wir immer wärmere Sommer haben, immer kältere Winter, dass Menschen im globalen Süden verhungern wegen der Klimakrise und Studien von Greenpeace zeigen, dass es seit Jahren schon Klimamigration gibt. Und ich persönlich sehe einfach nicht eine Zukunft, so wie wir jetzt leben. Und ich habe wie das Gefühl, wir müssen jetzt noch etwas ändern, weil sonst ist es einfach zu spät. Wenn wir jetzt noch sieben Jahre warten, dann haben wir unser CO₂-Budget aufgebraucht und dann, ja, bringt es auch nicht mehr etwas zu machen. (I#8)

Diejenigen, die sich der Bewegung angeschlossen haben, beschreiben als ausschlaggebend für ihr weiteres Aktivbleiben unter anderem das Gefühl «etwas Sinnvolles» (I#14) oder «etwas mega Wichtiges» (I#13) zu tun. Viele Befragte beschreiben auch ein Gefühl von «Empowerment» (I#4), das aus dem gemeinschaftlichen politischen Aktivismus erwachse: «Irgendwie merkte ich, dass es eine mega grosse Erleichterung war, zu merken, dass man nicht allein ist mit dem und das man irgendwie eine Möglichkeit hat, etwas zu machen und nicht einfach nebenbei sitzen muss und irgendwie einfach den Zynismus der Menschen auszuhalten. Und ich glaube, das war so eine erste eigentliche Motivation.» (ebd.) Eine andere Person beschreibt Ähnliches: «Dort habe ich das erste

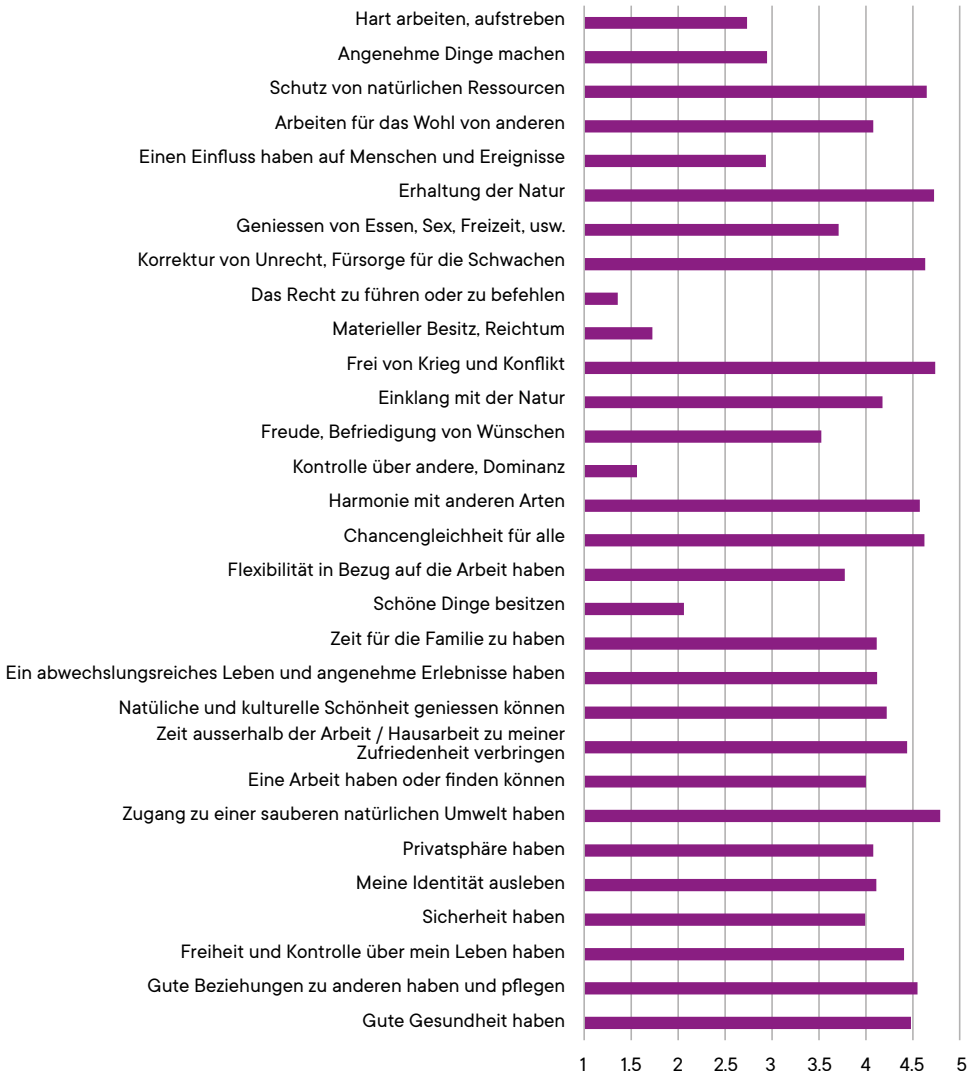
Mal das Gefühl von einem politischen Aktivismus bekommen, das doch mega viel Energie geben kann und irgendwie Spass macht.» (I#13) Infolge der gemeinsamen Aktivitäten bilden sich auch enge soziale Kontakte zwischen den Aktivist:innen heraus, die wiederum zur Motivation für die politische Aktivität beitragen können: «Dort ist jetzt auch ein wichtiger Teil meines Freundeskreises», erklärt ein Befragter (I#15). Eine andere Person erklärt gar, durch den gemeinsamen Aktivismus der sozialen Isolation und Vereinsamung entkommen zu sein:

“ Ich glaube, eigentlich war ich vor dem Klimastreik ein sehr introvertierter Mensch. Ich war immer zu Hause am zocken (lacht), League of Legends spielen und so einen Scheiss [...] und es war in den Weihnachtsferien und ich war buchstäblich alleine, zocken zu Hause, so ziemlich nichts tun und als ich das [den Klimastreik] gesehen habe [...] in diesem WhatsApp-Chat war eine Nachricht wie «hey, es gibt Studierende, die machen Sachen für das Klima, wenn du mitmachen willst». Also bin ich beigetreten, weil es lustig schien (lachen), [...] Und dann bin ich nach [Raum in Ort] zum ersten Treffen gekommen. So habe ich angefangen mich zu engagieren. (I#9, übers.)

Auch internationale Studien bestätigen diese wichtige motivierende Rolle persönlicher Kontakte und Freundschaften für die Klimabewegung (Wallis und Loy 2021).

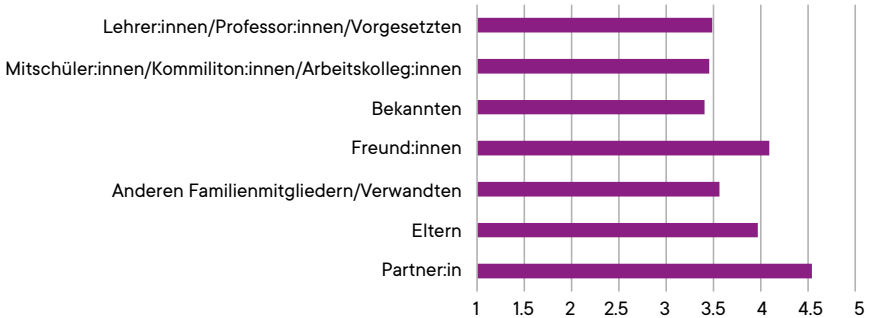
Die Befragten geben an, wenig Wert auf Status und Autorität zu legen. Stattdessen liegt ihnen vor allem ihre Selbstverwirklichung und die Natur am Herzen.

Lebensqualität, Werte (Wie wichtig sind Ihnen folgende Aspekte?) (Skala 1–5)



Das soziale Umfeld der Befragten scheint die Teilnahme der Befragten an den Klimastreikaktionen recht einhellig zu befürworten.

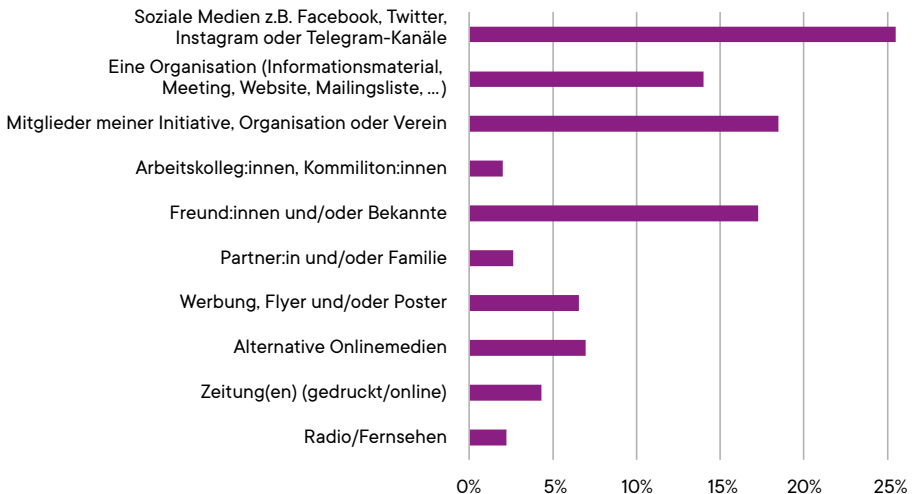
Befürwortung/Missbilligung der Teilnahme an Klimastreikaktionen von ... (Skala 1-5)



(Note: Durchschnittswerte; Skala von 1 starke Ablehnung bis 5 starke Befürwortung)

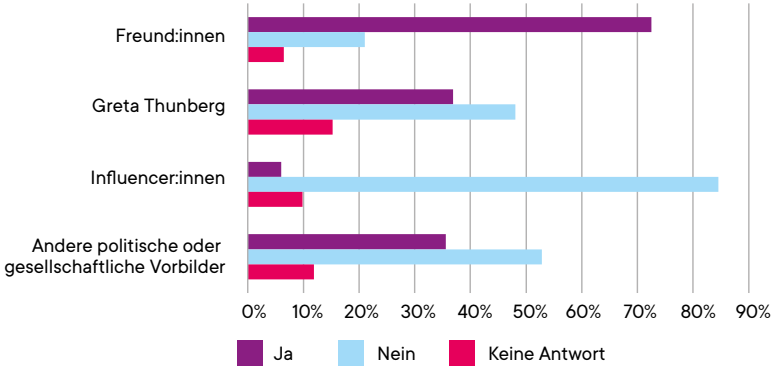
Die Befragten informierten sich zum grössten Teil (26%) durch Social-Media-Kanäle, gefolgt von Organisationen/Vereine (18%) und Freund:innen oder Bekannte (17%).

Informationsquellen zu Klimastreik-Aktionen (Prozent)



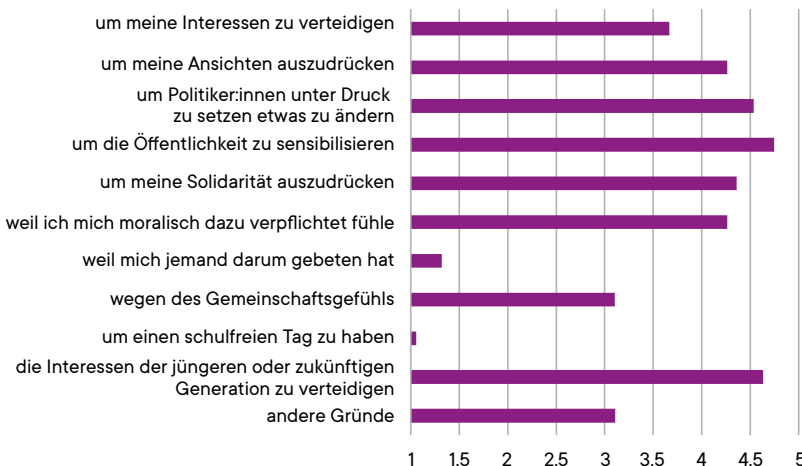
Insbesondere motivieren Freund:innen der Befragten zur Teilnahme am Klimastreik (72%), Influencer:innen haben wenig Einfluss (6%).

Motivation zur Teilnahme am Klimastreik durch ... (Prozent)



Unter dem Durchschnitt liegt bzw. wenig Motivation zur Klimastreikbeteiligung gibt den Befragten, wenn sie darum gebeten wurden oder einen schulfreien Tag zu haben.

Motivation zur Teilnahme am Klimastreik (Ich beteilige mich am Klimastreik, ...) (Skala 1–5)

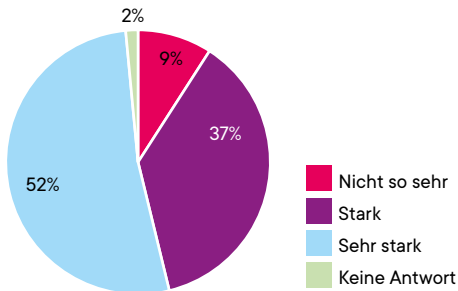


6. Politische Positionierung

Sowohl in der quantitativen als auch der qualitativen Befragung verorteten sich die meisten Antwortenden politisch links: «Ich glaube man würde lügen, wenn man sagen würde, der Klimastreik ist nicht politisch links orientiert», meint eine befragte Person (I#6). Manche bedauern diese relative politische Homogenität, da sie glauben, diese könne abschreckend oder ausschliessend auf politisch anders Orientierte wirken: «Ich würde mir wünschen, wenn der Klimastreik nicht so links wäre. Aber es gibt einfach zu wenige, oder es gibt niemanden aus dem anderen Spektrum, der sich bei uns engagiert. Und wir sind wirklich offen für alle. Aber es kommt einfach niemand. Und die, die zu uns kommen, die haben diese Meinung.» (I#3) Die Einschätzung ist hier also, dass eine zu grosse politische Homogenität oder eine zu klare Verortung die eigene Mehrheitsfähigkeit einschränken könnte. Gleichzeitig benennen die meisten Befragten aber auch relativ klar bestimmte Gegner:innen ihrer Bewegung.

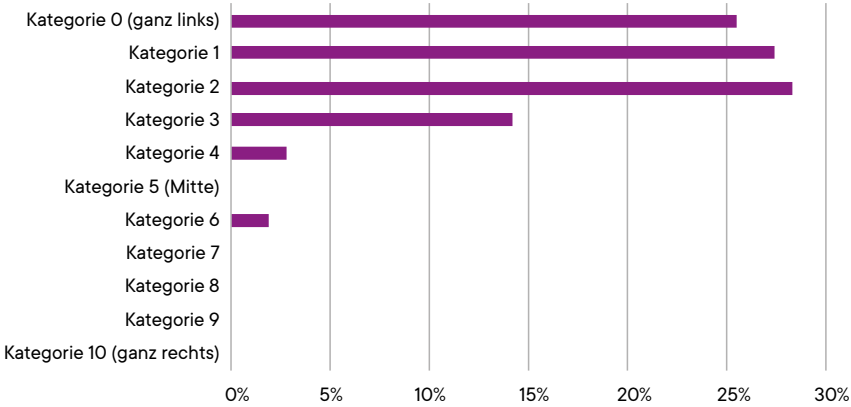
Ein sehr starkes oder starkes Interesse für Politik ist überwiegend (52% bzw. 37%) vorhanden. (4er Skala: überhaupt nicht, nicht so sehr, stark, sehr stark)

**Interesse an Politik
(Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?; Prozent)**



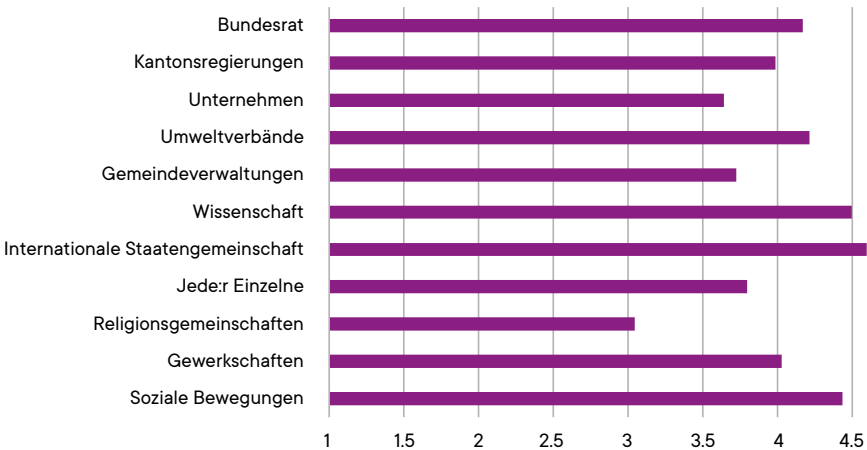
Bei der Frage nach einer Einteilung (Selbsteinschätzung) in einem links-rechts Spektrum (11er-Skala; 0 Links - 10 Rechts) sieht man die überwiegende Selbsteinteilung im (sehr) linken Spektrum.

Selbsteinteilung in links-rechts Spektrum (Prozent)



Ausser Religionsgemeinschaften werden alle Akteure als relativ wichtig eingestuft.

Wichtigkeit von Akteuren bei der Umsetzung der Klimaziele (Wer sollte bei der Umsetzung der Klimaziele eine zentrale Rolle spielen?) (Skala 1-5)

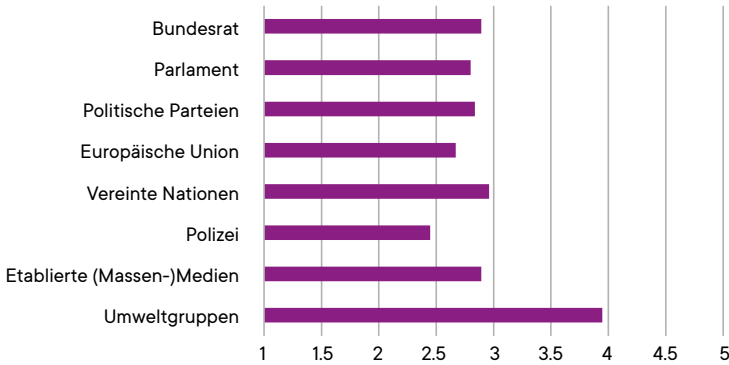


(Note: Durchschnittswert; Skala 1 überhaupt nicht bis 5 voll und ganz)

.....

Vertrauen ist überwiegend in Umweltgruppen gegeben, alle anderen Institutionen (insbesondere die Polizei) liegen unter dem Mittelwert (3 teilweise).

Vertrauen in Institutionen (Skala 1–5)

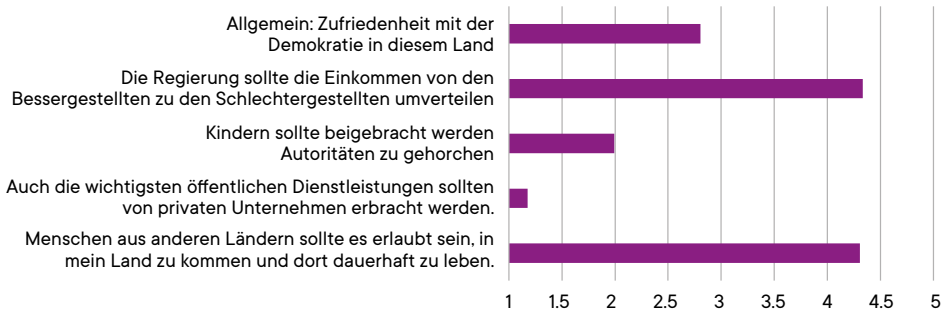


(Note: Durchschnittswert; Zustimmung zu Aussagen Skala 1 überhaupt nicht bis 5 voll und ganz).

.....

Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Schweiz fällt relativ gering aus. Sozialstaat und kulturelle Vielfalt werden von den Befragten stark befürwortet.

Allgemeine politische Einstellung (Skala 1–5)



(Note: Durchschnittswert; Skala 1 überhaupt nicht bis 5 voll und ganz).

.....

6.1. Wirtschaft

Neben konkreten wirtschaftlichen und politischen Akteur:innen werden von den meisten Befragten vor allem abstraktere politisch-ökonomische Strukturen als Hindernis für einen wirksamen Klimaschutz genannt. «Das Ding ist halt», erklärt ein Befragter, «dass einfach die, Wirtschaft so darauf angelegt ist, dass die, die umweltschädliche Sachen machen auch viel Geld haben. Also Erdöl-, oder nur schon die Automobilindustrie und so. Dass die, die die umweltschädlichen Sachen machen auch sehr viel Angst haben und deshalb bereit sind, sehr viel Geld zu investieren. Und dass halt das genau die sind mit viel Geld und viel Macht auf Politiker:innen.» (I#6) Eine andere Person meint:

“ Ich glaube schon, die Klimakrise ist eigentlich durch diesen Profitzwang oder durch das jetzige System verursacht worden. Wenn man anschaut, wann die Treibhausgasemissionen angefangen haben so drastisch zu steigen, dass es wie zurückwirkend gewesen ist, dass es menschenverursacht ist, ist es schon auch dort mit der Industrialisierung, wo dann die kapitalistische Produktionsweise eigentlich Anwendung gefunden hat mit immer mehr Profitzwang. Dazu hat man eine gewisse Korrelation. (I#1)

Eine dritte Person meint schlicht, dass «das Geld» im Allgemeinen die grösste Hürde der Klimapolitik sei (I#8). Jenseits dieser gesellschaftlichen Strukturen wird als erste und wichtigste Gegnerin des Klimastreiks als Bewegung und des Klimaschutzes im Allgemeinen die fossile Industrie bzw. deren «Lobby» genannt. So erklärt etwa eine Person:

“ Die Ölkonzerne, die irgendwie vor vierzig Jahren herausgefunden haben, dass sie den Klimawandel verursachen werden, die wussten, was sie machen und wissen es heute und machen es immer noch. Und da kann ich dann schon nicht viel mehr sagen als, das sind Gegner von einer Klimapolitik, von einer sinnvollen, gemeinnützlichen. (I#13)

Die Aktivist:innen sind sich weitgehend einig darüber, dass «die Öl-Lobby» auch bei konkreten Gesetzesinitiativen und Volksabstimmungen aktiv werde, um einen effektiven Klimaschutz zu verhindern. So erklärt eine Person: «Es sind Konzerne mit ihren Interessen, die da mitschaffen, zum Beispiel eine Öl-Lobby, die beim CO₂-Gesetz stark aktiv geworden ist.» (I#14) Auch eine andere meint: «Da ging es immer um die Öl-Lobby, und die Interessen der Öl-Lobby und nach der Ablehnung hat es geheissen, das Geld der Öl-Lobby hat dazu geführt, dass man die Abstimmung verliert.» (I#10). Der Grund dafür sei, dass das Geschäftsmodell der fossilen Industrien, also die Extraktion und Verarbeitung fossiler Brennstoffe prinzipiell nicht mit einem effektiven Klimaschutz vereinbar sei, da dieser darauf angewiesen sei, dass fossile Brennstoffe im Boden blieben.

Ihr Handeln ist angesichts der Klimakrise nicht möglich. Sie werden einfach aufhören müssen, nach fossilen Brennstoffen zu graben und sie zu fördern. Sie müssen aufhören. [...] Wir brauchen starke politische Massnahmen gegenüber diesen Akteuren. Wenn wir das Leben aller Menschen verändern wollen und sie mit Kohlenstoffsteuern belasten wollen, damit sie ihre Praktiken ändern, müssen wir auch die grossen Umweltverschmutzer auffordern, sich zu ändern, und zwar als erstes, und ja, sie müssen für das, was sie getan haben, verantwortlich gemacht werden. (I#11, übers.)

Die Aktivist:innen sehen durchaus ein, dass auch in den Wirtschaftsbereichen, die sie am liebsten komplett stilllegen wollen, Menschen arbeiten, die auf ihren Lohn angewiesen sind. Diese müssten dabei unterstützt werden, einen anderen Beruf zu ergreifen:

“ Ja klar, es gibt Leute, die von dem Leben im Moment. Und die wehren sich natürlich voll dagegen. [...] Einen Wandel wird es geben und braucht es. Irgendwann gibt es auch gar kein Erdöl mehr. Einen Wandel braucht es sowieso. Und es ist nur logisch, wenn man jetzt mal auf die Wissenschaft hört und das vorantreibt, was es braucht. Und klar ist es wichtig, dass die Leute, die im Moment von dem Leben, dass die irgendwie die Chance haben, um einen anderen Beruf zu lernen oder Umschulungen zu machen, damit sie weiterhin arbeiten können und das Wissen, das sie jetzt schon haben weiter nutzen können. Wenn auch in einem anderen Bereich oder für eine nachhaltige Weise. (I#12)

Neben der fossilen Industrie selbst sehen die Aktivist:innen insbesondere Finanzinstitutionen, die in fossile Brennstoffe investieren, als wichtige Gegner:innen ihrer Politik an: «Gerade in der Schweiz heisst das, die Verantwortung von Schweizer Konzernen und dem Finanzsektor [zu betonen], also da hocken wir in der Schweiz wirklich eigentlich im Zentrum», erklärt eine Person (I#2). Eine andere fügt hinzu: «Wir haben einige der schlimmsten Banken und Institutionen und multinationale Unternehmen, die buchstäblich in fossile Brennstoffe investieren oder auch Teile des Planeten und lokale indigene Völker zerstören. Also, ja, ich denke, wir haben eine grosse Verantwortung, jetzt viel zu tun, hier mehr zu tun und unsere Lebensweise zu ändern und all diese Unternehmen zu ändern, die tun, was sie wollen, und die unsere Zukunft zerstören.» (I#11, übers.). Konkret fordern die Aktivist:innen: «der Finanzplatz darf keine Emissionen mehr verursachen. Die UBS und Credit Suisse dürfen nicht mehr weiter in menschenrechtswidrige und umweltzerstörende Sachen investieren.» (I#8) Eine weitere befragte Person fordert: «Diese Türe und diese Türe schliessen wir. In Erdöl investieren wir nicht mehr.» (I#3)

Teilweise, so berichten die Befragten, kämen auch Unternehmen auf den Klimastreik mit Unterstützungsangeboten zu. Diesbezüglich sei man allerdings eher kritisch eingestellt:

- “ Was recht häufig ist, da werden wir irgendwie für Zusammenarbeiten angefragt von Firmen, die den Klimastreik als Greenwashing brauchen wollen. Das klingt auf den ersten Blick recht verlockend. Also, eben, wir bekommen Ressourcen zu Verfügung gestellt von Firmen, aber ich meine, die haben vielleicht ein bisschen einen finanziellen Verlust, aber nachher profitieren sie von uns, dass man den Klimastreik mit dieser Firma oder so in Verbindung bringt. Bei all diesen Sachen finde ich eine Zusammenarbeit nicht sinnvoll und das machen wir auch nicht. [...] Es bringt glaube ich einfach nichts, den direkten Austausch mit irgendwie dem Chef von Nestlé zu haben oder irgendwie dem Chef der Credit Suisse. Also, da passiert gar nichts. (I#6)

Für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und anderen Organisationen hat die Bewegung deshalb das Prinzip des «One-Sided-Support» aufgestellt: «Dass uns Firmen oder Parteien unterstützen können, aber wir erwähnen sie halt nicht dafür.» (ebd.) Auf diese Weise soll verhindert werden, dass mithilfe des Klimastreiks «Greenwashing» betrieben wird.

6.2. Parteien

Neben wirtschaftlichen Strukturen und Akteur:innen werden in den Interviews vor allem bestimmte Politiker:innen und Parteien als Hindernis für eine effektive Klimapolitik benannt:

- “ Man findet auch in der Politik viele Köpfe, von SVP bis zu bis auch zu den Grünen, wo du Leute hast, die wirkliche Klimapolitik einfach verhindern. Also, ich glaube, ich habe zum Beispiel auch [grüner Politiker], der eher ein konservativer Grüner ist und mich auch mega fest aufregt. Und dann hast du natürlich auch ein [rechter Nationalrat], der der das ganze leugnet oder relativiert. Ich glaube, das sind schon sind schon Leute, die uns Steine in den Weg legen. (I#1)

Fast alle qualitativ Befragten nennen die SVP als wichtigste parteipolitische Gegnerin des Klimaschutzes. So erklärt etwa eine Person:

- “ Also ich denke zum Beispiel an irgendwelche Kampagnen der SVP, die irgendwie Videos machen und zeigen, wenn das CO₂-Gesetz angenommen würde, dann hätte man keine Elektrizität mehr und der Kühlschrank ist leer und das Auto hat man nicht mehr und keine Ferien. Also ich meine, das sind einfach Falschinformationen, es stimmt nicht. (I#6)

Während die SVP früher den Klimawandel direkt geleugnet hätte, könne sie dies heute nicht mehr tun. Deshalb, so glauben mehrere Befragte, sei die rechte Partei nun darauf umgestiegen, vom Thema abzulenken und Scheinlösungen zu fordern: «Also sie können jetzt ja nicht mehr sagen, es gibt keinen Klimawandel, er ist nicht menschengemacht, sondern sie können mit Lösungen kommen, wo ganz klar ist, sie sind nicht besonders umsetzbar und sie sind auch nicht die effizientesten und die billigsten Lösungen. Und dann tun sie so, als hätten sie einen Plan B, der gar kein Plan B ist.» (I#10)

Ganz ähnlich wird auch die Umweltpolitik der FDP von den Befragten eingeschätzt. So erklärt eine Person: «Bei der FDP ist es meistens so, ja, Klimakrise gibt es, aber ist halt zu teuer, wir wollen kein Geld ausgeben für das. So ein bisschen nach diesem Motto [...] viele Sachen immer wieder abschwächen oder gerade komplett versenken.» (I#7) Das liege vor allem an der grossen Wirtschaftsnähe der Partei:

“ Bei der FDP ist es halt, sie sind halt natürlich eher eine Partei, die auch Leute in hohen Rängen sitzen und eher mehr Geld haben und halt auch profitieren, wenn ein Unternehmen, also eben, zum Beispiel auch in Banken sitzen und eben profitieren, wenn jetzt die stark in Kohle investieren können und durch das dann auch finden, ich möchte jetzt nicht auf Geld verzichten oder auf diesen Boni oder so. Und durch das halt das Herunterspielen oder halt einfach versenken. (ebd.)

Trotz stark präsender Kritik an politischen Kräften und Parteien, die sich ihrer Ansicht nach gegen einen wirksamen Klimaschutz stellen, sprechen sich mehrere Befragte dafür aus, auch diesen im Gespräch zu bleiben:

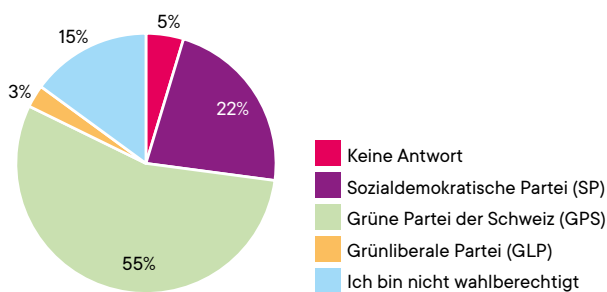
“ Eigentlich müssten wir sogar mit rechten Parteien zusammenarbeiten. Es gibt viele Leute, die so ein bisschen die GLP und so herausgemobbt haben. Ich bin auch überhaupt kein Fan der GLP, ich finde es mega Greenwashing, was sie machen, ist meine Haltung, aber wegen dem müssen wir dann auch mit der GLP sprechen, weil sie sind die Menschen, die vielleicht die Leute der FDP erreichen könnten. Und das ist auch etwas, was ich ein wenig kritisch sehe, weil wir positionieren uns im Verlauf einfach immer mehr klar links. Ich meine, es ist nicht mal mehr ein offenes Geheimnis, dass der Klimastreik links ist. Der Klimastreik ist mittlerweile einfach links und das dürfte eigentlich nicht sein, weil der Klimastreik muss einfach parteifrei sein. Und wir müssen auch mit links und rechts zusammenschaffen können. (I#8)

Diese Haltung kann auch für die SVP gelten So versichert eine Person: «Ja voll, gib mir einen SVP-Typen, ich rede gerne mit dem.» (I#3). Eine weitere Person er-

klärt sogar, ihre Gruppe habe bei Anfragen an Parteien immer auch die SVP adressiert: «von der SVP haben wir aber noch nie irgendeine Rückmeldung bekommen oder irgendetwas, dass sie in diese Richtung gemacht hätten.» (I#10)

Auf die sogenannte «Sonntagsfrage», antwortete der überwiegende Anteil, sie würden die Grüne Partei der Schweiz wählen, wäre am nächsten Sonntag Nationalratswahl.

Wahlverhalten («Sonntagsfrage») (Prozent)



(Note: Durchschnittswert; Zustimmung zu Aussagen, Skala 1 überhaupt nicht bis 5 voll und ganz).

Im Gegensatz zu SVP und FDP werden die GLP und die «Mitte» von den Befragten eher ambivalent eingeschätzt, während die Grüne Partei und die SP «schon am ehesten» (I#3) als Verbündete angesehen werden. Entsprechend geben in der quantitativen Befragung 55 bzw. 22 Prozent an, diese Parteien zu wählen. «Uns unterstützen natürlich sicher die Grünen und die SP, [sie] sind natürlich starke Unterstützende», erklärt im Interview eine Person (I#7). Bei diesen beiden Parteien werden wiederum insbesondere die Jugendverbände als Unterstützer:innen wahrgenommen: «Am ehesten noch die Jungparteien, also Juso und Junge Grüne, am ehesten unsere Verbündeten, wo es wo es auch einige Personen gibt im Klimastreik, die auch noch dort aktiv sind.» (I#14) Insbesondere bei den Grünen bzw. deren Jugendorganisation sind einige Aktivist:innen des Klimastreiks selbst Mitglieder. Allerdings sind fast alle befragten Aktivist:innen der Überzeugung, dass alle politischen Parteien, einschliesslich der Grünen und der SP, eine fahrlässige politische Untätigkeit in Bezug auf das Thema Klimawandel an den Tag legen würden. Eine Person erklärt etwa:

- “ Ein paar Leute haben sich dann mit einer Delegation der SP und Grünen und so getroffen und haben ein wenig die Massnahmen diskutiert und die mussten irgendwie feststellen, es gibt eigentlich nichts in dem Plan [Climate Action Plan des Klimastreiks], das die Politik umsetzen will. Zum einen entweder, weil sie finden, das hat eh keine Chance, und das stimmt vielleicht sogar, aber es ist dann trotzdem irgendwie frustrierend, weil wenn man es gar nicht probiert, dann wird es auch nicht funktionieren, und zum Teil aber auch wirklich, weil sie gefunden haben, ja, das ist irgendwie zu radikal. So, wir haben eine Solarpflicht gefordert und das ist natürlich irgendwie krass, aber auch nicht so krass in Anbetracht der Lage und das hat wirklich, das wollte niemand umsetzen. Und in dem Sinn ist es schon auch ein Hindernis, wenn diese Leute einfach gar nicht bereit sind, für das zu kämpfen, was nötig wäre. Dass es schwierig ist, sehe ich auch, aber ich glaube, es fehlt sehr fest, vor allem in der Schweiz, an Politikerinnen und Politiker, die so ein bisschen, ich weiss nicht, ein bisschen Energie, ein bisschen Mut, ein bisschen Enthusiasmus an den Tag legen. Und auch irgendwie, was mir auch stark auffällt, habe ich das Gefühl, ist das, es fehlt ein Willen, Leute irgendwie zu überzeugen, dass man das Problem jetzt angehen muss. (#13)

Die wahrgenommene parteipolitische Untätigkeit empfinden viele Aktivist:innen als frustrierend oder gar als eine Form der Realitätsverweigerung:

- “ Ich glaube, es ist mehr eigentlich eine grosse Frustration da, weil häufig, wenn ich mit Leuten spreche, zum Beispiel, ich hatte kürzlich eine Diskussion mit der SP, lustigerweise, dann ist so ein bisschen, ah ja, wir sind schon eurer Meinung, wir wollen schon die wissenschaftlichen Forderungen umsetzen, aber zum Beispiel die SP fordert immer noch Netto Null 2050, was einfach nicht der Wissenschaft entspricht, also, wirklich nicht. Und das ist ja wie dann, klar kann man sagen, in der Realpolitik ist es halt nicht möglich, aber wie vorher gesagt, wenn das nicht möglich ist, ändert das nicht die Realität. Und ich glaube, dort sehe ich einfach wie sich die Parteien in irgendetwas verrennen, was uns nicht weiterbringt. (#4)

Viele Lokalgruppen des Klimastreiks sind in kontinuierlichem Austausch mit Lokalpolitiker:innen, aber auch hier wird hauptsächlich von Enttäuschungen berichtet:

- “ Bei uns hat es ein bisschen ein Missverständnis gegeben mit der Gemeindepolitik. Weil wir dann vor zwei Jahren mit Demos und auch einer Petition die Forderungen des Klimastreiks auch an die Gemeinde gestellt und dann aus ihrer Antwort entnommen [haben], dass sie sich darum be-

mühen, Netto Null 2030 zu erreichen und den Klimanotstand soweit ausgerufen haben. Und es ist jetzt herausgekommen, dass das doch nicht ganz der Fall ist. Wir haben im Moment in [Ort] einen Absenkpfad zwar, aber der wird 2080 frühestens Netto Null erreichen, was nicht mal mit den Pariser Klimazielen vereinbar ist. (I#12)

Auch auf nationaler oder europäischer Ebene berichten die Befragten von ähnlichen Erfahrungen:

- “ Alle Räte, auch EU, alle, die bekommen das Papier [IPCC-Bericht] ausgehändigt, die lesen das, über das wird geredet und sie schaffen es nicht, die Wahrheit zu sagen, sie schaffen es nicht, dass man in der Gesellschaft sagt, so ist es. [...] Die Informationen, die im IPCC herauskommen, das sind nicht die, die die Gesellschaft mitbekommt. Wenn man der Gesellschaft einfach mal sagen würde, hey, die Faktenlage ist, dass wir in sieben Jahren unser CO₂-Budget aufgebracht haben. Die Faktenlage ist, dass es laut IPCC-Szenario [unverständlich] bis Ende Jahrhundert nicht mehr gibt. Wenn man diese Fakten einfach mal sagen würde, wenn die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen würde, die sie haben, um diese Informationen weiterzutragen an die Bevölkerung und etwas, ja, ändern ist vielleicht nicht mal das Ding, aber nur schon, dass die Leute informiert sind, dass wir darüber abstimmen können, das jetzt zu ändern, wäre noch gut. Wenn sie das nicht schaffen, dann sehe ich, dass sie versagen. Und das tun sie in meinen Augen, weil sie schaffen es nicht, in Schulen klar zu unterrichten, was Sache ist. Ich habe so viele Leute schon kennengelernt, die nicht wussten, dass der Klimawandel menschengemacht ist, die Klimakrise menschengemacht ist. Und ich sehe hier ein Versagen, dass man es nicht schafft, den Menschen zu sagen, das ist die Faktenlage und das ist eine Ur-Realität. [...] Und da sehe ich jetzt, ja, das, was die heutige Politik nicht schafft. (I#8)

Das Versagen der politischen Institutionen geht für diese Person also noch über die praktische Untätigkeit hinaus. Es erstreckt sich auch auf den Vorwurf, die Regierungsinstitutionen seien nicht einmal imstande «die Wahrheit zu sagen» – ein Vorwurf, der sich auch in anderen Interviews wiederfindet. Aus diesem wahrgenommenen Versagen leiten einige Aktivist:innen ab, dass das politische System insgesamt nicht fähig sei, adäquat auf Grosskrisen zu reagieren:

- “ Wenn man schaut, was diese Massnahmen waren, sind es sehr, sehr wenige gewesen oder sehr, sehr kleine Schritte. Und ich glaube, an dem macht sich schon fest, dass eigentlich es nicht fähig ist, richtige Massnahmen zu geben auf diese Krisen. Oder wenn man auf die letzten eineinhalb Jahre

zurückschaut, hat es auch auf die Corona-Krise zum Teil sehr unsoziale oder asoziale Massnahmen gegeben. So jetzt konkret in der Schweiz hat man das gesehen, aber auch global, dass viele Leute eigentlich täglich Ungerechtigkeit erfahren, sei es im Sinn von, sie werden ausgebeutet oder sie haben nichts zu essen oder sie leben immer am Limit. Und ich glaube, auf all diese Krisen, die da sind, hat es wie keine Antwort gegeben vom System darauf. Und ich glaube, an dem mach' ich das schon fest, dass das System eigentlich gescheitert ist. (I#1)

Es ist genau diese Frustration über die Untätigkeit der politischen Institutionen, die viele Befragte dazu motiviert, sich in einer ausserparlamentarischen Bewegung und nicht in einer Partei zu engagieren.

6.3. Bewegungen und Verbände

Die qualitativ Befragten sind sich weitgehend einig darüber, dass ihre wichtigsten Verbündeten andere politische Bewegungen sind. Hier werden insbesondere andere umweltbezogene Bewegungen, aber auch der feministische Streik oder die Gewerkschaften genannt. Die Notwendigkeit, sich mit diesen Akteuren zusammenzuschliessen wird sowohl inhaltlich als auch strategisch begründet. Die inhaltliche Verknüpfung erklärt eine befragte Person folgendermassen:

“ Wir versuchen eine grosse Streikbewegung aufzubauen, die verschiedene andere Bewegungen auch umfasst, also wo es wie darum geht, dass man die Klimakrise nicht einfach lösen kann, indem man nur auf Netto Null geht, sondern beziehungsweise dass man um auf Netto Null zu gehen auch soziale Ungerechtigkeiten angehen [muss] und dass es deswegen sehr grossen Sinn macht, wenn man sich zusammentut, zum Beispiel mit der feministischen Bewegung oder mit Gewerkschaften, also mit Bewegungen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Genau, oder auch mit einer antirassistischen Bewegung [...] Dass man auch solche Aspekte einbegreift und versucht eigentlich eine grosse Streikbewegung aufzubauen. (I#4)

Hier werden also die Themen der weit gefassten Klimagerechtigkeit aufgegriffen, um für eine breite Streikbewegung zu argumentieren. Der Hauptgrund für Bündnisse mit anderen Akteuren ist für die Befragten aber die Hoffnung, gemeinsam mehr Druck auf die Politik ausüben zu können. In dieser Hinsicht sind für viele Befragte insbesondere die Gewerkschaften interessant. Hier besteht die Hoffnung, den Klimastreik auszuweiten von einem vornehmlichen Schulstreik hin zu einem umfassenden ökonomischen Streik. Das Ziel des Bündnisses mit den

Gewerkschaften sei demnach, «dass sie den Streikprozess lancieren. Also nicht vielleicht kurzfristig, aber das Projekt ist ziemlich klar. Ja, die Idee ist schon Richtung Generalstreik zu gehen. Ob das realistisch ist oder nicht, ist nicht so klar, aber es ist schon die Idee und die Erwartung an die Gewerkschaften ist schon, dass sie da eigentlich ehrlich mitmachen und auch ehrlich daran arbeiten oder es ziemlich probieren.» (I#15) Allerdings betonen die meisten Befragten, dass man von diesem Ziel noch weit entfernt sei und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aufgrund der sehr unterschiedlichen Organisationslogiken eher schleppend verlaufe. Neben dem ökonomischen Streik als politisches Druckmittel erhoffen sich die Aktivist:innen durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vor allem einen leichteren Zugang zu Beschäftigten in verschiedenen Sektoren, auch gerade in jenen, die besonders von einer sozial-ökologischen Transformation betroffen wären:

“ Dort merkt man, ja, es ist schon ein gewisses Potential da, um miteinander zu sprechen. Und es ist ja nicht so, ja, die auf dem Bau, die hassen irgendwie alle das Klima, so ist es überhaupt nicht, sondern dass man dort mit den richtigen Forderungen glaube ich noch viel machen kann. [...] Konkret hatten wir letztens ein Treffen mit Leuten [in der Luftverkehrbranche] und dort erfahren sie natürlich auch, sie haben Hundslöhne. Und gleichzeitig ist ja der, sagen wir mal, jetzt nicht ein mega grosser Teil, aber es ist schon ein grosser Teil, die Flugzeuge, die fliegen und das Kerosin emittieren, ein gewisser Teil von den Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Und sie erfahren dort diese Ausbeutung im Alltag, aber sind sie gleichzeitig auch aktiv oder arbeiten in einer Branche, die sehr klimaschädlich ist. Und ich glaube, dort müsste man viel näher sein bei den Leuten. Also, zum Beispiel bei dieser [...] Betonproduzentenfirma, wo die Leute ja auch klassische Ausbeutungsverhältnisse haben, oder, sie arbeiten bis zu einem gewissen Teil und ab einem gewissen Punkt arbeiten sie einfach nur noch für den Profit. Gleichzeitig ist es auch eine Branche, die mega viele Treibhausgase emittiert. Und ich glaube, dort müsste man noch viel mehr ähm Synergien schaffen können zwischen den Arbeitenden und auch diesen Klimaforderungen, diese so zusammenbringen können. (I#1)

Neben den Gewerkschaften ist der feministische Streik der zweite wichtige Bündnispartner für die Befragten. Auch hier wird einerseits inhaltlich ein Zusammenhang zwischen Klimakrise und Patriarchat hergestellt, vor allem aber wird argumentiert, dass man über eine Zusammenarbeit mit dem feministischen Streik das eigene Mobilisierungspotential ausweiten könne:

“ Dort habe ich das Gefühl ist vielleicht fast der feministische Streik im Startvorteil, weil dort halt wirklich mehr Leute sind, die halt selbst schon

dort drin sind und der Klimastreik als junge Bewegung in vielen von diesen Milieus noch gar nicht drin ist und immer so von aussen in das hineingekommen ist. (I#2)

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und feministischer Bewegung schlägt sich auch auf die Forderungen des Klimastreiks nieder. Hier geht es vor allem um die Überlegung, mit welchen Ansätzen die verschiedenen Bewegungen zusammengebracht werden könnten, bzw. von welchen Forderungen alle Zielgruppen profitieren würden. Als eine gemeinsame Forderung wird dabei etwa die Verkürzung der Lohnarbeitszeit diskutiert. Davon versprechen sich Befragte nicht nur eine positive Auswirkung auf die CO₂-Emissionen, sondern auch eine Verknüpfung zur feministischen- und zur Arbeiter:innenbewegung:

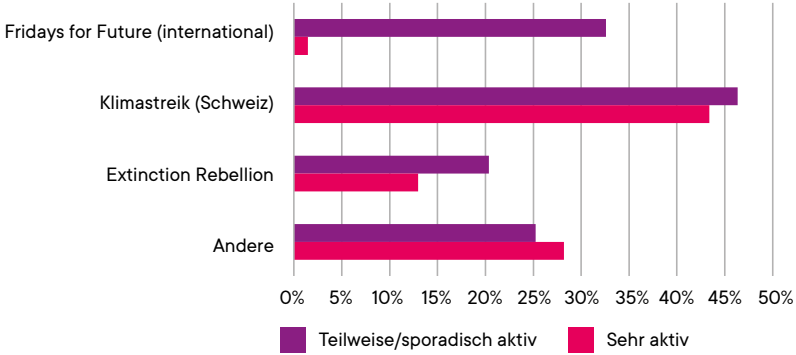
“ Zum Beispiel Arbeitszeitreduktion, also das ist zum Beispiel eine Forderung, wo ich mich auch ein bisschen beschäftigt habe damit, die mir sehr wichtig wäre, weil es wie einfach komplett unnötig ist, dass wir so viel arbeiten. Und wenn man weniger arbeiten würde, hätte man wie mehr Zeit für sich selber, aber auch mehr Zeit vielleicht für politischen Aktivismus, aber auch mehr Zeit, um vielleicht sich um andere Menschen zu kümmern. Und gerade, wenn man sich ja auch überlegt, dass wir ja auch in einer Care-Krise sind, wäre das eigentlich super zentral so. (I#4)

Neben den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften sind ein weiterer häufig genannter Bündnispartner die Umweltverbände. Dabei werden insbesondere Greenpeace und der WWF genannt. Da diese Organisationen keine Bewegungen seien und ihre eigene innere Organisationslogik hätten, sei das Verhältnis ein eher instrumentelles: «Wir schauen einfach, ob ähm bei dieser Zusammenarbeit näher an die Ziele kommen oder nicht. Meistens kommt es nur darauf an.» (I#15). Im Laufe der Zeit habe sich die Zusammenarbeit immer mehr eingespielt und man sei sich nun klarer darüber, was man von den Organisationen erwarten könne und was nicht:

“ Mit der Zeit haben wir auch so ein wenig ein Gespür dafür, dass man bei Greenpeace dann eher Fragen geht, ob sie uns Geld geben wollen für eine Kampagne zum Energiegesetz, wenn sie das sinnvoll finden, und nicht, ob sie uns offiziell unterstützen wollen für die nächste ziviler Ungehorsam Aktion, weil sie das wahrscheinlich nicht so sinnvoll finden. Also, ja, dass man dort wie gezielt Fragen geht, ob man dort und dort Unterstützung haben kann. (I#13)

Im Klimastreik ist eine grössere Mehrheit sehr oder teilweise aktiv, in der internationalen Fridays for Future-Bewegung teilweise zu 33%.

Aktives politisches Engagement (Prozent)



7. Zukunft des Klimastreiks

In den Interviews steht für fast alle der Befragten der Schweizer Klimastreik an einem Scheidepunkt. So betonen die Aktivist:innen, dass die Zukunft ihrer Bewegung hinsichtlich ihrer Organisationsform und -stärke aber auch hinsichtlich ihrer Aktionsformen derzeit sehr offen sei und sich die Bewegung in einem Aushandlungsprozess befinde.

7.1. Dauerhaftigkeit

Zur Zukunft ihrer Bewegung befragt geben die Aktivist:innen des Klimastreiks sehr unterschiedliche Antworten. Als Fernziel formuliert eine Person, dass es im Idealfall den Klimastreik als problemzentrierte Bewegung in Zukunft nicht mehr brauche: «Ganz in Zukunft hoffe ich eigentlich, dass es ihn nicht mehr braucht. Also, es ist halt, ja, eigentlich wäre das Ziel, dass es eine relativ begrenzte Sache ist, dass das relativ schnell jetzt dann mal einfach überflüssig wird, sage ich, weil halt das Zeug läuft. (2) Die Chance, dass das passiert, ist relativ klein (lacht).» Deshalb müsse man «wirklich einfach immer weitermachen und wir müssen einfach hartnäckig bleiben und nervig.» (I#7)

Jenseits dieser allgemeinen Einschätzung ist unter den Befragten die Diagnose einer Krise der Bewegung recht verbreitet. Der unmittelbare Auslöser dieser Krise sei die Corona-Pandemie, die sowohl die Organisation in den Lokalgruppen als auch die Massendemonstration als charakteristische Aktionsform stark erschwere:

“ Wir haben ja lange gedacht, es würde immer so weitergehen und dann ging es überhaupt nicht so weiter. Einerseits wegen der Pandemie, aber es ist auch mega schwierig, so über drei Jahre diesen Drive zu behalten. Du kannst nicht tausend Mal auf dieselbe Art auf die Strasse gehen. Du musst dir immer wieder etwas Neues überlegen, was geht. Und ich habe schon das Gefühl, momentan ist es sicher weniger ein Thema und es würden auch weniger Leute auf die Strasse gehen, wenn wir jetzt morgen eine Demo machen. Ich habe wirklich das Gefühl, dass da ein bisschen der Schwung verloren gegangen ist und ein bisschen das Gefühl von Dringlichkeit, weil es sich doch ein bisschen abgenutzt hat, wenn man es mehrmals und mehrmals macht. (I#10)

Neben den praktischen Problemen im Zuge der Pandemie wird also auch eine allgemeine Ermüdung oder Abnutzung der Bewegung diagnostiziert, die damit begründet wird, dass der Klimastreik aufgrund seiner dauerhaften Wieder-

holung seinen medialen und damit auch politischen Effekt verliere. Ähnliche Phänomene werden auch von der internationalen Fridays for Future-Bewegung berichtet (Sommer und Haunss 2020). In diesem Sinne erklärt auch eine weitere Person:

“ Ich denke, wir sind jetzt schon ziemlich lange eigentlich in einer schwierigen Lage. Alles was ein bisschen einfach war, haben wir probiert. Also, wir haben ein bisschen Demos gemacht, wir haben ein bisschen zivilen Ungehorsam gemacht, wir haben andere symbolische Aktionen gemacht, wir haben ein bisschen institutionell gearbeitet, wir haben auch ein bisschen eine andere Art von Aktionen gemacht, wir sind ein bisschen in die Streikrichtung gekommen und es hat alles so halb funktioniert, aber auch grundsätzlich nicht so gut funktioniert. Und jetzt sehe ich es nicht so klar, was wir jetzt machen können. Die Alten, also die Leute, die seit langer Zeit im Klimastreik engagiert sind, gibt es nicht mehr so viele, also es sind viele nicht mehr so stark aktiv. Und es gibt wieder neue Leute, aber diese neuen Leute sind auch eher dafür, was wir früher gemacht haben. Und sie haben kein Problem damit, es zu wiederholen. Und ich denke, Klimastreik wird sicher allgemein ein bisschen das Gleiche wie früher machen, also verschiedene Formen von Aktionen, hauptsächlich symbolisch oder demonstrativ. Und ja, er wird wahrscheinlich nicht sterben, es wird wahrscheinlich nicht unnötig sein, aber es wird keinen grossen Impact haben. (I#15)

Hier wird also vor allem eine starke Fluktuation in der Beteiligung der Aktivist:innen als Problem der Bewegung diagnostiziert. Dieses trete in Wechselwirkung mit dem zuvor beschriebenen Problem der Wiederholung von Aktionsformen, da durch die Fluktuation ein organisationales Lernen der Bewegung erschwert werde. Gleichwohl zeigen die Interviews auch, dass die Bewegung imstande ist, derartige Beteiligungsfluktuationen aufzufangen und sich innerhalb kurzer Zeit neu aufzustellen. Dies zeigt sich etwa anhand der Reaktion auf die coronabedingte Aktivitätsreduktion: Die Befragung wurde im Sommer 2021 durchgeführt, in dem sich die pandemische Entwicklung zwischenzeitlich stabilisiert hatte, was laut einer befragten Person eine sehr rasche Erholung der Bewegung zur Folge hatte:

“ Ich sehe jetzt auch wieder, dass wir es mehr wieder im Griff haben. Also, seit Corona, wo man auch nochmals sich physisch sehen konnte, sehe ich, dass wir auch wieder da eine Verbesserung haben. Also, wir haben jetzt zum Beispiel auch wieder andere Arbeitsgruppen als nur Strategie und Strike for Future und Rise Up. Und das gibt mir auch wieder ein bisschen Mut. Also, ich habe wie das Gefühl, wir haben ein mega Tief gehabt, aber wir sind auf dem Weg wieder nach oben. (I#8)

Über diese praktischen Schwankungserfahrungen hinaus erklärt eine befragte Person, dass sie die Bewegung für sehr überlebensfähig halte, da man davon ausgehen müsse, dass sich die Klimakrise in Zukunft kontinuierlich zuspitzen werde, was zwangsläufig eine mobilisierende Wirkung habe: «Ich habe das Gefühl, die Bewegung als Ganzes kann gar nicht verschwinden, weil genug Leute genug viel Handlungsbedürfnis gegenüber der Klimakatastrophe verspüren. Was dann aber schwierig zu sagen ist, ist, wie wird sich das für die Bewegung äussern.» (I#2) Auch eine weitere Person ist sich sicher, dass die Klimakrise selbst in Zukunft eine mobilisierende Wirkung haben werde. Eine solche Wirkung sei aber eher von einzelnen Katastropheneignissen zu erwarten als von der kontinuierlichen Zuspitzung der Lage: «Ich habe das Gefühl, es kann halt irgendwas passieren, das mega die Leute frustriert, mega aufregt. [...] Es ist ein krasser Hitzesommer und dann spüren es wieder alle. Und dann wird das mega schnell wieder kommen.» (I#10) Diese starke Kopplung der Bewegung an objektive ökologische Entwicklungen und Naturereignisse unterscheidet die Klimabewegung freilich von anderen sozialen Bewegungen. Da entsprechende Studien mit grosser Gewissheit eine Zuspitzung der Klimakrise prognostizieren, kann also auch eine Zuspitzung der Klimabewegung erwartet werden. In welchen Aktionsformen sich diese Zuspitzung artikuliert ist aber für die Befragten eine weitere offene Diskussion innerhalb der Bewegung.

7.2. Aktionsformen

Die charakteristische Aktionsform des Klimastreiks und der weltweiten Fridays For Future-Bewegung ist der sogenannte Klimastreik. Dieser nimmt meist die Form von Massendemonstrationen an, an denen die beteiligten Schüler:innen und Studierenden – teilweise ohne Erlaubnis – auch während der Unterrichtszeiten teilnehmen. Vorbild ist dabei der Schulstreik der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg, welcher jedoch mit der Fortdauer der Proteste an Bedeutung verloren hat. Die Demonstrationen finden teilweise dezentral und teilweise zentral an bestimmten weltweiten Aktionstagen statt, an denen seit März 2019 weltweit immer wieder mehrere Millionen Menschen teilgenommen haben. Die meisten Befragten identifizieren sich einerseits mit dieser Aktionsform, artikulieren andererseits aber Skepsis bezüglich ihrer Wirksamkeit. Eine Person erklärt etwa: «Einfach immer wieder ein bisschen auf die Strasse gehen, irgendwann ist das fertig. Also das hat wie keine [Wirkung], verändert nichts mehr.» (I#6) Im Anschluss an diese Überlegungen zur Wirksamkeit der eigenen Aktionen ist das insgesamt prominenteste Thema in den Interviews die Diskussion um den zivilen Ungehorsam. Gemeint ist mit dem Begriff die bewusste Überschreitung gesetzlicher Normen als Form der politischen Artikulation. Diese kann einerseits

symbolischer Natur sein. Unter diese Kategorie könnte etwa auch der klassische Schulstreik gefasst werden, der eine Verletzung der Schulpflicht darstellt (vgl. Teune 2020). Andererseits kann der zivile Ungehorsam auch die Form einer direkten Aktion annehmen. Letztere setzt sich zum Ziel, einen unerwünschten Zustand zu unterbrechen oder gar zu beenden. Das prominenteste Beispiel hierfür ist die Blockade von Organisationsabläufen, etwa in der Kohleförderung. Gemein ist Aktionen zivilen Ungehorsam stets ein gewaltfreies Vorgehen, was sie von anderen militanten Aktionsformen unterscheidet. Im Klimastreik ist ein stärker an direkten Aktionen ausgerichteter ziviler Ungehorsam die jüngste angewandte Aktionsform, wobei sich diese vor allem auf die Rise up for Change Kampagne konzentriert. Während dem qualitativen Interviewzeitraum fand eine solche Aktion in Zürich statt, deren Effekte und Wirksamkeit auch häufig in den Interviews reflektiert wurde. Eine Person erklärt den Zusammenhang zwischen Frust über den ausbleibenden Effekt der Demonstrationen und die Diskussion über den zivilen Ungehorsam folgendermassen:

“ In der Tendenz, wenn man sich mal die drei Jahre für etwas einsetzt und es passiert viel zu wenig aus der eigenen Sicht, gibt es natürlich diesen Frust. Das ist so. Und dann kommt man vielleicht auch an diesen Punkt, wo man findet, jetzt muss man das überdenken. Und dass dann Leute auf die Idee kommen, eben, man muss mehr besetzen, man muss mehr blockieren und so weiter, das kann ich gut nachvollziehen und ich habe das Gefühl, das könnte auch vermehrt passieren. Aber ob das jetzt dem Thema etwas bringt oder nicht, bin ich wirklich nicht sicher. Ich bin nicht überzeugt von dem. Aber ich kann es wie ein bisschen verstehen. (I#10)

Eine weitere Person sagt:

“ Als politisches Instrument habe ich das Gefühl, haben wir jetzt doch nicht so viel Macht. Ich weiss nicht, wie wir weitermachen können, mit Aktionen oder zivilem Ungehorsam, um halt wirklich Druck aufzubauen auf die Entscheidungsträgerinnen. Aber wenn wir wollen, dass sich der Finanzplatz ändert, also, dass der Finanzplatz nicht mehr das Sagen hat, und wenn wir wollen, dass die Konzerne nicht mehr das Sagen haben, wir können da Druck aufbauen wie wir wollen, die haben genug Geld und genügend Macht, um nicht mehr als ein bisschen ins Schwitzen zu kommen, im besten Fall. Und deshalb habe ich schon das Gefühl ist es mehr so ein Instrument, um zu zeigen, was wir wollen. Damit es dann vielleicht doch plötzlich einen politischen Wandel gibt. (I#6)

Ziviler Ungehorsam, so glauben mehrere Befragte, sei dem Ausmass der Krise als Aktionsform selbst angemessener als tradierte Formen der politischen Artikulation: «Gleichzeitig müssen wir natürlich die Bahn fahren von Rise Ups, wo wir aktiv mit unserem Körper etwas blockieren, weil ich finde das ein legitimes

Mass im Angesicht der Krise.» (I#8). Der Inhalt des zivilen Ungehorsams, den die Befragten sich vorstellen, kann verschiedenste Formen annehmen. Eine Person etwa präferiert «kreative» Formen des Protests:

“ Einige Leute vom Klimastreik haben einen Baum in eine Baustelle eingepflanzt. Sie haben das in der Nacht eingepflanzt und haben ein Schild darangemacht: «Ich bin ein Baum, mir ist es zu heiss». Und: «Bitte stimme ab fürs CO₂-Gesetz». Das ist ganz eine leichte Form von Social Disobedience (*übers.: gesellschaftlicher Ungehorsam*), aber es ist nicht erlaubt. Und ich finde das ist einfach eine lustige Aktion. Und es ist irgendwie, es tut niemandem weh. Ähm und dann finde ich das voll OK. Und es ist, eben, es muss einen kleinen...Es muss etwas anregen im Hirn, es kann nicht einfach nur sein: «Wir hassen diese Gesellschaft». Zum Denken anregen. Vielleicht muss man sich in diesem Moment einfach quer zum normalen Alltag stellen. Und dann finde ich es vertretbar. Also und gewaltfrei, gell. (I#3)

Eine weitere Aktionsform, die von Aktivist:innen des Klimastreiks praktiziert wurde, ist Besetzung von symbolischen Plätzen wie dem Bundeshaus oder die Blockade von Finanzinstitutionen, die ihrer Ansicht nach durch Investitionen in fossile Energien zur Klimakrise beitragen. Eine daran massgeblich beteiligte Person erklärt:

“ Ich war sehr überzeugt vom [...] Rise Up [...] Und bei mir war das sehr fest so, in der Hoffnung, weil es etwas Neues ist, etwas, was wir noch nie probiert haben, dass das den Leuten wieder Hoffnung geben kann, dass man etwas verändern kann und dass das irgendwie neue Leute motivieren und mobilisieren kann, so. Und das fand ich mega sinnvoll, aber gleichzeitig dann in Retrospektive, was ich halt bei allen Projekten und auch bei dem mega das Gefühl hatte ist, wir haben halt irgendwie zu wenig erreicht. (I#13)

Auch der zivile Ungehorsam scheint also bei den Aktivist:innen das Gefühl, zu wenig zu erreichen, nicht beheben zu können. Eine befragte Person unterscheidet in dieser Hinsicht zwischen allgemeinem zivilem Ungehorsam und direkten Aktionen. Letzteres sei zu bevorzugen, da es direkt in die problematisierten Abläufe eingreife während ersteres auf einer rein symbolischen Ebene verbleibe:

“ Was ich eher vielleicht als gewissen Weg sehe ist vielleicht halt eine direkte Aktion. Es gibt halt vor allem in Deutschland irgendwie gute Beispiel auf eine Art mit «Ende Gelände». Also, dass man wie halt nicht einfach nur zivilen Ungehorsam macht und viel Aufmerksamkeit generiert, was ja bei «Ende Gelände» schon auch so ist, sondern dass man auch gleichzeitig direkt etwas verändert, was Treibhausgase verursacht. Und ich glaube, das ist etwas, was viel mehr Leute überzeugen kann, weil es viel mehr klar ist,

was du willst und du hast nicht nur einfach politischen Druck, sondern du verhinderst tatsächlich auch Emissionen, was ja eigentlich das Ziel ist vom Ganzen. (I#4)

Bei allen Formen des zivilen Ungehorsams denken die Aktivist:innen vor allem über die mediale Wirkung der Aktionen nach. So sehen sie auch das grösste Defizit dieser Aktionsform in der negativen medialen Berichterstattung:

“ Ich sehe es sicher als wichtig [an], dass man irgendwo auf Missstände aufmerksam macht und dort ist es sicher auch legitim jetzt irgendwelche illegale Aktionen zu machen, also halt ziviler Ungehorsam. Das Problem ist halt, diese Aktionen sind die, die grosse mediale Aufmerksamkeit bekommen. Hingegen, so positive Aktionen wie jetzt der Klimaaktionsplan, die dreihundert Seiten, die herausgearbeitet worden sind, die haben fast keine mediale Aufmerksamkeit bekommen. Es ist daher halt ein bisschen schade, dass so konstruktive Sachen halt einfach nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die eigentlich nötig wäre. Und ich sehe, dass halt auch so ein bisschen als Grund, wieso zum Teil auch Rückhalt verloren wird in der Bevölkerung, weil eben eigentlich nur so ein bisschen die negativen oder halt die Seiten gezeigt werden, wo der Klimastreik etwas blockiert oder wo er halt so destruktiv agiert im Sinne von Missständen irgendwo aufzeigt und auch sagt, so kann es nicht weitergehen. (I#14)

Diese Person sieht das Problem also darin, dass eher über die Aktionsform selbst als über die ausdifferenzierten Inhalte des Klimastreiks berichtet wird. Diese Medienkritik teilen viele der befragten Aktivist:innen. So sehen auch andere Befragte das Hauptproblem in einer nicht angemessenen und negativen medialen Berichterstattung:

“ Es geht dann darum, oh, ist es jetzt erlaubt das zu machen und ist das nicht politisch inkorrekt, aber es geht null um den Inhalt. Es ist absurd. Es ist, wir gehen auf die Strasse, wir sind verzweifelt, wir besetzen diesen Platz und das einzige, wo man darüber spricht, ist, ob man jetzt diesen Platz besetzen darf oder nicht. Ja, natürlich darf man ihn nicht besetzen, es ist ja illegal, aus irgendeinem Grund macht man es ja. Man macht es ja, um irgendwie auf das Thema aufmerksam zu machen. Es ist einfach, ich glaube nicht, dass die Medien fähig sind, aus so etwas irgendwie etwas zu kommunizieren, was danach wirklich etwas verändert. (I#4)

Eine weitere Person glaubt, dass infolge der negativen Berichterstattung Aktionen zivilen Ungehorsams eher dazu beitragen würden, die eigene Unterstützung in der Bevölkerung zu untergraben:

Die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt durch solche Sachen eher, weil halt viele Leute dann so denken, ja, ihr kettet euch einfach dort vorne hin und, ja, ihr macht ja gar nichts. Und mit dem generieren wir immer so kurz Aufmerksamkeit, dann schreibt 20 Minuten, schreibt Blick darüber, so, ja, oh, die haben sich vor das Ding hin gekettet. Es hat jetzt da, ich finde, bei dem Rise Up jetzt hat es eigentlich recht viel auch noch gute Berichte gegeben, was mich, also was mich positiv erstaunt hat, auch wie die Banken halt klimatisch investieren und wie schlecht das quasi ist. Aber trotzdem gab es halt auch noch viel so, ja, geht erstmal arbeiten, und, ihr kettet euch nur dort vorne hin. Und einfach halt so der Unmut gegenüber den Klimastreikenden sinkt halt durch das, was halt vorher, fand ich, noch weniger war, weil wir haben legale Demos gemacht, mit dem Climate Action Plan haben wir etwas gemacht, wo wir wirklich gesagt haben, so und so und so könnten wir es machen, der wird jetzt auch noch weiter erweitert und weiter ausgearbeitet. Und ich finde, genau mit solchen Sachen können wir vielmehr auch ähm den Rückhalt in der Bevölkerung bekommen. (I#7)

Einige Befragte glauben sogar an eine gezielte mediale Desinformationskampagne, die das Anliegen negiere und auf Falschinformationen beruhe:

“ Grundsätzlich sind ja die Medienberichte danach nur darum gegangen, oh, was sind das eigentlich für Leute, die auf dem Platz sind, die sind sicher von irgendwelchen russischen Spionen unterstützt worden und so. Es gab wirklich so einen Artikel, wo darauf gestanden ist «Rise up for Change, das ist ein ausländischer Name, wahrscheinlich sind sie von irgendwelchen Ausländer:innen, bla.» (I#4)

Trotz dieser verschiedenen negativen Erfahrungen gehen verschiedene Befragte, angesichts einer gleichzeitigen Wahrnehmung einer sich zuspitzenden Klimakrise und politischer Untätigkeit, davon aus, dass sich Aktionen zivilen Ungehorsams in Zukunft häufen und womöglich auch zuspitzen werden. Eine Person erklärt etwa: «Ich glaube schon, dass wir uns dort weiter informieren werden und dass dort dann vielleicht auch krassere Sachen kommen. Die aber gelernt sind. Das kann ich mir schon vorstellen. Ich weiss auch, dass es für einige Leute [...], wenn es sich verschlimmert, dann müssen wir sozialen Ungehorsam anwenden.» (I#3) Wie weit die Aktivist:innen dabei zu gehen bereit sind variiert stark zwischen den Befragten. Eine Person erklärt etwa:

“ Was für mich persönlich eine Bedeutung hat, ist auch so etwas zeigen: Hey ich bin bereit, auch Konsequenzen zu tragen für mein Handeln. Weil ich habe nichts zu verlieren. Für mich ist es ein «ich habe nichts zu verlieren»,

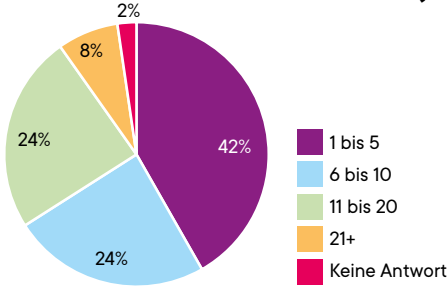
weil, ich kann ins Gefängnis kommen, ich kann Bussen zahlen, ich kann Sozialstunden leisten müssen, aber im Vergleich zu dem, was die Klimakrise macht, ist das nichts und nicht bedeutsam. Ich meine bis jetzt habe ich noch nie mega heftigen zivilen Ungehorsam gemacht. Aber ich habe das Gefühl, so symbolisch hat das schon nochmal einen anderen Stellenwert, als einfach eine Demo oder ein Streik. [...] Ich habe das Gefühl, es ist schon wichtig, dass man es macht. Aber es ist nicht das Einzige. Also ich würde jetzt nie sagen, wir machen jetzt nur noch zivilen Ungehorsam. Das sehe ich wie im Klimastreik nicht. (I#6)

Bei all diesen Überlegungen zu den verschiedenen Aktionsformen betonen die Aktivist:innen aber stets das Prinzip der Gewaltfreiheit, das auch für radikalere Aktionen gelte: «Immer friedlich. Es ist nie gewaltvoll.» (I#3) In der Gesamtschau ist die Frage der Aktionsformen für die Interviewten auch eine Frage der persönlichen Ressourcen der Aktivist:innen. So wird etwa die Bündnisarbeit, wie sie etwa unter anderem in der Strike for Future Kampagne geschieht, als eine Alternative zu öffentlichen Aktionen gesehen, bei der es stets abzuwägen gelte, worin die Ressourcen am besten investiert seien: «Man muss einen guten Weg finden zwischen dieser Bündnisarbeit, aber auch dieser Arbeit, die als Klimastreik ja auch so identitätsstiftend ist, eben wie zum Beispiel ziviler Ungehorsam.» (#1)

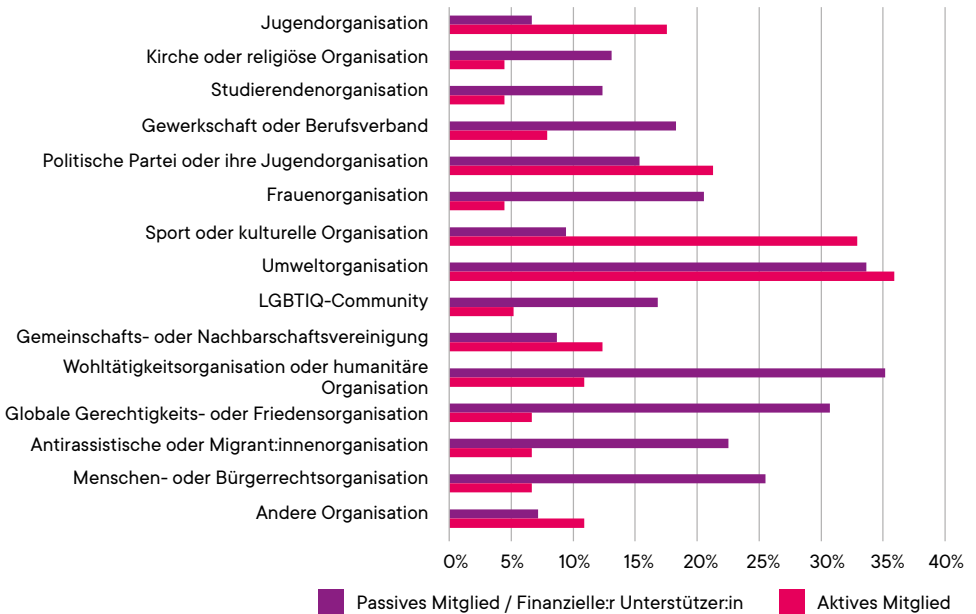
Insgesamt ist die Diskussion um die Aktionsformen des Klimastreiks innerhalb der Bewegung recht zentral. Während ein Flügel weiterhin auf Demonstrationen setzen will, möchte ein anderer sich in Zukunft stärker auf zivilen Ungehorsam verlegen. Konsens scheint bei allen Befragten aber zu sein, dass sie die Heterogenität der Aktionsformen innerhalb der Bewegung akzeptieren oder sogar als Stärke sehen.

Durchschnittlich nahmen 42% der Befragten 1–5-mal und je 24% 6–10-mal bzw. 11–20-mal an Demonstrationen in den letzten 24 Monaten teil (trotz der teilweise bestehenden Corona-Einschränkungen).

Teilnahme an Demonstrationen (Häufigkeit in den letzten 24 Monaten)

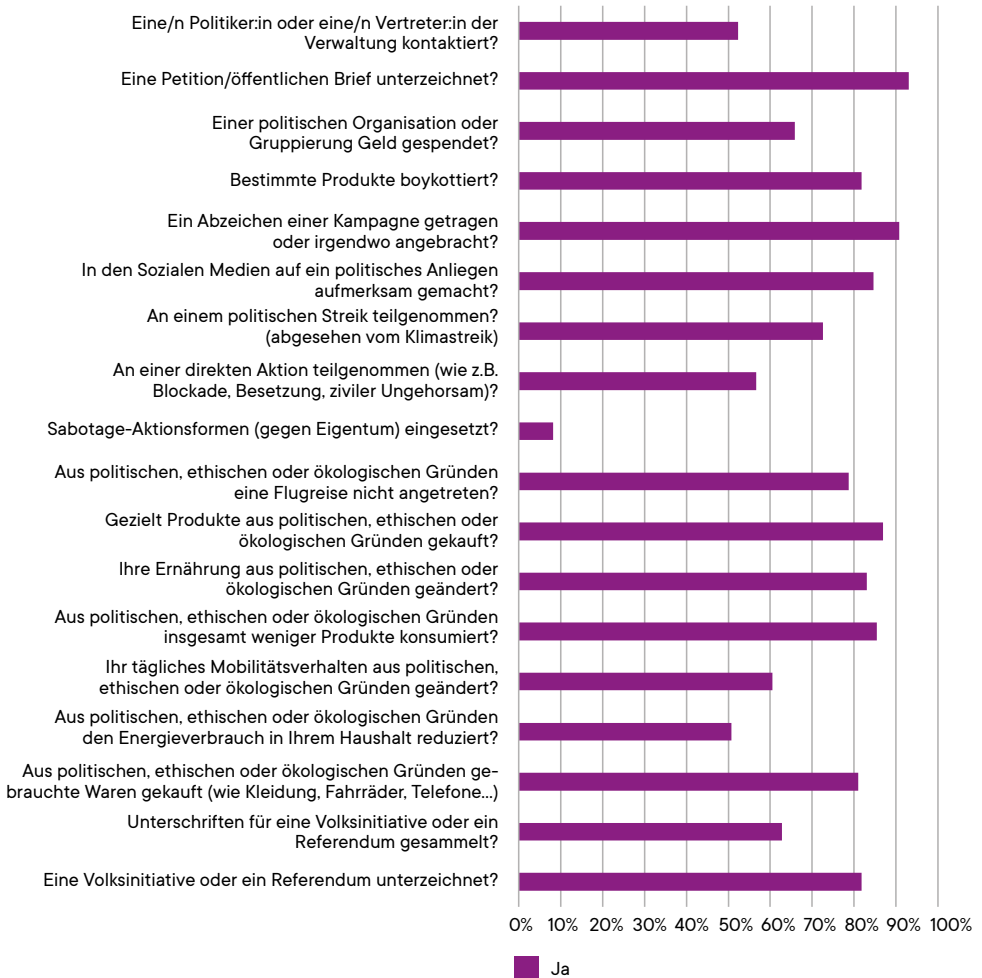


Engagement in politischen Organisationen (Prozent)



Die Befragten haben sich insgesamt in vielen der genannten Bereiche engagiert (privates Verhalten sowie politisches Engagement nach aussen). Das Engagement begrenzt sich nicht auf Klimathemen, auch etwa der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder liegt mit 26 Prozent weit über dem Schweizer Durchschnitt (17,4 Prozent der Schweizer Beschäftigten sind Gewerkschaftsmitglieder).

Weiteres politisches Engagement (Haben Sie sich in den letzten 24 Monaten an folgenden Aktivitäten beteiligt?)



8. Fazit und Ausblick

In dieser Studie haben wir die soziale Zusammensetzung, die politische Positionierung und die Zukunftsvorstellungen der Aktivist:innen des Schweizer Klimastreiks untersucht. Die Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden ermöglichte uns dabei neue Einsichten zu erlangen, die über die bislang dominierenden Demonstrationsbefragungen hinausgehen. In sozialstruktureller Hinsicht wird deutlich, dass die Klimastreikenden mehrheitlich aus der oberen Mittelschicht stammen und einen relativ hohen Bildungsgrad aufweisen. Auffällig ist dabei insbesondere, dass die Mehrheit der Aktiven mindestens einen Elternteil hat, der im Sozial-, Erziehungs- oder Lehrbereich tätig ist. Politisch positionieren sich die Befragten links bzw. grün, was sich auch in ihrem Wahlverhalten niederschlägt. In den Interviews betonen sie jedoch auch ihre Offenheit für andere Positionen. Entsprechend der hohen Bildungsaffinität liegt die persönliche Motivation der Befragten zur Teilnahme an der Bewegung vor allem in wissenschaftlichen und moralischen Überlegungen zur Auswirkung der Klimakrise. Die zentralen Ziele des Klimastreiks lassen sich deutlich auf drei zentrale Punkte verdichten, die auch deren offiziellen Forderungen entsprechen: Erstens netto null CO₂-Emissionen der Schweiz bis zum Jahr 2030, zweitens Klimagerechtigkeit im Sinne einer Verknüpfung sozialer und ökologischer Transformation sowie drittens Systemwandel als umfassende Transformation des auf unbegrenztes Wachstum ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschafts-systems. Letzteres stellt dabei eine Art «Notfallklausel» dar, die greifen soll, wenn die beiden anderen Forderungen innerhalb des bestehenden Systems nicht durchgesetzt werden können, was sich für viele Befragte bereits abzeichnet. Insgesamt wird in der Befragung deutlich, dass die Aktivist:innen konsequent versuchen, ökologische und soziale Ziele zu verbinden.

Um diese Ziele zu erreichen, setzen die Befragten vor allem darauf, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. In diesem Sinne spielen Bündnisse mit anderen Akteur:innen für ihre politische Arbeit eine zentrale Rolle. Als wichtigste Bündnispartner:innen sehen die Befragten andere soziale und ökologische Bewegungen und Verbände sowie Gewerkschaften. In Bezug auf politische Parteien sind sie eher skeptisch, einige engagieren sich trotzdem dort. Mit Unternehmen will der Klimastreik nicht kooperieren.

In Bezug auf die Zukunft ihrer Bewegung sehen die Befragten den Klimastreik gewissermassen an einem Scheidepunkt. Das geht einher mit der Diagnose einer gegenwärtigen Krise der Bewegung. Diese sei ausgelöst durch die Coronavirus-Pandemie, die physische Kopräsenz – und damit auch die politische Organisation und Aktionen – erschwert. Aber auch durch eine allgemeine

Beteiligungsfluktuation der Aktivist:innen seien die Aktivitäten teilweise unterbrochen worden. Trotzdem zeigt sich der Klimastreik recht resilient gegenüber diesen Schwankungen. Die meisten Befragten sind sich sicher, dass die Bewegung angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der politischen Landschaft der Schweiz spielen wird. Eine wichtige Zukunftsdebatte innerhalb der Bewegung betrifft ihre Aktionsformen. So hält ein Teil der Befragten die charakteristischen Schulstreiks bzw. Demonstrationen für weitgehend wirkungslos und will verstärkt auf Aktionen des zivilen Ungehorsams setzen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Schweizer Klimastreik eine gleichermaßen radikale wie pragmatische Bewegung ist: Er stellt grundlegende Institutionen der Marktwirtschaft und teilweise auch der politischen Entscheidungsfindung in Frage, ist gleichzeitig aber hinsichtlich politischer Ideologien grundsätzlich offen und fast ausschliesslich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Diese scheinbare Paradoxie ergibt sich daraus, dass die Bewegung ihrem Selbstverständnis nach keine Partikularinteressen bestimmter sozialer Gruppen, sondern ein allgemeines Menschheitsinteresse im Sinne einer bewohnbaren Erde vertritt. Deshalb glauben die Befragten daran, dass es durch Aufklärung möglich sein müsse, die überwiegende Mehrheit aller Menschen für ihre Sache zu gewinnen. Daraus folgt auch, dass viele Befragten den «unpolitischen» Charakter ihres Anliegens betonen und sich nur widerwillig in bestehende politische Lager einordnen. Inhaltliche und strategische Positionierungen werden mit einem ausgeprägten Pragmatismus gewählt, der sich oftmals instrumentell an deren Erfolgsaussichten misst. Positionierungen «aus Prinzip» lehnen die meisten Befragten demgegenüber ab. Die Bewegung ist also nicht ideologisch. Allerdings zeigt die Befürwortung von oder strategische Überlegungen zu zum Beispiel ökosozialistischen Programmen durch einige Befragte auch, dass im Klimastreik auch eine Auseinandersetzung mit - meist linken - politischen Theorien und Debatten stattfindet. So wird etwa die Bedeutung der Bündnisbildung mit anderen Akteuren, wie dem feministischen Streik oder Gewerkschaften, nicht nur instrumentell, sondern auch aus einem Verständnis des Klimastreiks als solidarischem Teil einer progressiven Gesamtbewegung begründet. Entsprechend zeichnet sich auch das Vorgehen der Bewegung durch einen starken Pluralismus aus. Grundkonsens ist, dass alle gewaltfreien politischen Vorgehensweisen ausprobiert und immer wieder auf ihre Erfolgsaussichten überprüft werden sollen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Klimastreik eine heterogene, aber keine gesplante Bewegung ist. Die Befragten akzeptieren die Heterogenität der politischen Orientierungen und Aktionsformen oder sehen diese gar als Stärke. Da sich die Klimakrise aller Wahrscheinlichkeit nach wei-

ter zuspitzen wird, ist davon auszugehen, dass auch die Klimabewegung in der Schweiz und international nicht nur langfristig weiterbestehen, sondern sich ihrerseits zuspitzen wird. Hinsichtlich der Aktionsformen deuten die hier erhobenen Daten darauf hin, dass in Zukunft möglicherweise Aktionen des zivilen Ungehorsams eine grössere Rolle spielen werden als bisher.

9. Literaturverzeichnis

- Balsiger, Philip (2016): The Land of Opportunities? Social Movement Studies in Switzerland, in: Olivier Fillieule und Guya Accornero (Hrsg.), *Social Movement Studies in Europe: The State of the Art*, Oxford: Berghahn, S. 288–302.
- Brunnengräber, Achim (2013): Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung, in Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hrsg.), *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*, Wiesbaden: Springer Fachmedien S. 391–412.
- Cologna, Viktoria; Hoogendoorn, Gea; Brick, Cameron; Jim Uttley (2021): To strike or not to strike? an investigation of the determinants of strike participation at the Fridays for Future climate strikes in Switzerland, in: PLOS ONE, Jg. 16, Nr. 10: e0257296, doi: 10.1371/journal.pone.0257296.
- Della Porta, Donatella; Parks, Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit, in: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hrsg.), *Die internationale Klimabewegung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 39–56.
- De Moor, Joost; De Vydt, Michiel; Uba, Katrin; Wahlström, Mattias (2020): New kids on the block: taking stock of the recent cycle of climate activism, in: *Social Movement Studies*, Routledge, Jg. 20, Nr. 5, S. 619–625, doi: 10.1080/14742837.2020.1836617.
- Dietz, Matthias (2013a): Ergebnisse des Handbuchs: Verfassung, Einfluss und Zukunft der Klimabewegung, in: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hrsg.), *Die internationale Klimabewegung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 469–484.
- Dietz, Matthias (2013b): Debatten und Konflikte in der Klimabewegung, in: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hrsg.), *Die internationale Klimabewegung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 391–412.
- Eide, Elisabeth; Kunelius, Risto (2021): Voices of a generation the communicative power of youth activism, in: *Climatic Change*, Jg. 169, Nr. 1–2, S. 1–20, doi: 10.1007/s10584-021-03211-z.
- Emilsson, Kajsa; Johansson, Håkan; Wennerhag, Magnus (2020): Frame Disputes or Frame Consensus? «Environment» or «Welfare» First Amongst Climate Strike Protesters, in: *Sustainability*, Jg. 12, Nr. 3, S. 882, doi: 10.3390/su12030882.
- Fisher, Dana R.; Nasrin, Sohana (2021): Shifting Coalitions within the Youth Climate Movement in the US, in: *Politics and Governance*, Jg. 9, Nr. 2, S. 112–123, doi: 10.17645/pag.v9i2.3801.
- Fopp, David; Axelsson, Isabelle; Tille, Loukina (2021): *Gemeinsam für die Zukunft - Fridays For Future und Scientists For Future: Vom Stockholmer Schulstreik zur weltweiten Klimabewegung*, Bielefeld: transcript Verlag.

- Frei, Nadine; Nachtwey, Oliver (2021): *Quellen des «Querdenkertums». Eine politische Soziologie der Corona-Protteste in Baden-Württemberg*. [online] https://boell-bw.de/sites/default/files/202111/Studie_Quellen%20des%20Querdenkertums.pdf
- Giugni, Marco (2019): *La Suisse dans la rue: Mouvements, mobilisations, manifestants*, Lausanne : Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Giugni, Marco; Lorenzini, Jasmine (2020). Switzerland, in: Mattias Wahlström et al. (Hrsg.), *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world*, [online] <https://osf.io/asruw/>.
- Hadden, Jennifer (2015): *Networks in Contention: The Divisive Politics of Climate Change*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Han, Heejin; Ahn, Sang Wuk (2020): Youth Mobilization to Stop Global Climate Change: Narratives and Impact, in: *Sustainability*, Jg. 12, Nr. 10, S. 4127, doi: 10.3390/su12104127.
- Hosp, Janine (2019): Die Klimajugend ändert ihre Strategie, in: Tagesanzeiger vom 15.10.2019, [online] <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-klimabewegung-oeffnet-sich/story/25647049> [Abgerufen am 06.01.2022].
- Hutter, Swen; Giugni, Marco (2009): Protest Politics in a Changing Political Context: Switzerland, 1975-2005, in: *Swiss Political Science Review*, Jg. 15, Nr. 3, S. 427-461, doi: 10.1002/j.1662-6370.2009.tb00141.x.
- Kelle, Udo; Erzberger, Christian (2000): Quantitative und Qualitative Methoden – kein Gegensatz. In Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung: ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt, S. 299-309.
- Keller, Seline; Bornemann, Basil (2021): New Climate Activism between Politics and Law: Analyzing the Strategy of the KlimaSeniorinnen Schweiz, in: *Politics and Governance*, Jg. 9, Nr. 2, S. 124-134, doi: 10.17645/pag.v9i2.3819.
- Klimastreik Schweiz (n.d.): *Bewegung*, [online] <https://climatestrike.ch/de/movement> [Abgerufen am 26.10.2021].
- Koos, Sebastian; Naumann, Elias (2019): *Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der «Fridays for Future»-Bewegung und ihrer Ziele*, Konstanz: Universität Konstanz, [online] http://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/46901/Koos_2-1jdetkrk6b9yl4.pdf?sequence=1.
- Kriesi, Hanspeter; Wisler, Dominique (1996): Social movements and direct democracy in Switzerland, in: *European Journal of political research*, Jg. 30, Nr. 1, S. 19-40.
- Kuckartz, Udo. 2016. *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

- Marquardt, Jens (2020): Fridays for Future's Disruptive Potential: An Inconvenient Youth Between Moderate and Radical Ideas, in: *Frontiers in Communication*, Jg. 5, Nr. 48, doi: 10.3389/fcomm.2020.00048.
- Martiskainen, Mari; Axon, Stephen; Sovacool, Benjamin K.; Sareen, Siddharth; Del Rio, Dylan Furszyfer; Axon, Kayleigh (2020): Contextualizing climate justice activism: Knowledge, emotions, motivations, and actions among climate strikers in six cities, in: *Global Environmental Change*, Jg. 65, 102180, doi: 10.1016/j.gloenvcha.2020.102180.
- Neuber, Michael; Kocyba, Piotr; Gardner, Beth Gharrity (2020): The same, only different. Die Fridays for Future-Demonstrierenden im europäischen Vergleich, in: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Bewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 67-93.
- O'Brien, Karen; Selboe, Elin; Hayward, Bronwyn M. (2018): Exploring youth activism on climate change: dutiful, disruptive, and dangerous dissent, in: *Ecology and Society*, Jg. 23, Nr. 3.
- Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2014): *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Rhyn, Larissa (2019): «Billigflüge sind einfach zu verlockend. Darum brauchen wir die Politik» – wieso in 15 Städten Schüler für mehr Klimaschutz die Schule geschwänzt haben, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.01.2019, [online] <https://www.nzz.ch/schweiz/klimastreik-schweizer-schueler-demonstrieren-ld.1452821> [Abgerufen am: 06.01.2022].
- Rucht, Dieter; Haunss, Sebastian; Zajak, Sabrina (2019): *DE-Climate Strike Survey*, [online] https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/Fragebogen-FFF_Deutsch_www.pdf.
- Rucht, Dieter; Fink, Dieter (2020): Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen, in: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Bewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 95–114.
- Sander, Henrik (2016a): Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse, in: *PROKLA*, Jg. 46, Nr. 184, S. 403–421, doi: 10.32387/prokla.v46i184.122.
- Sander, Hendrik (2016b): *Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, [online] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf.
- Schaupp, Simon (2021): Das Ende des fossilen Klassenkompromisses: Die Gelbwestenbewegung als ökologischer Konflikt des »Hinterlands«, in: *PROKLA* Jg. 51, Nr. 204, S. S. 435–453, doi: 10.32387/prokla.v51i204.1954.

- Schaupp, Simon (2020): Jenseits der Austeritäts-Ökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten, in: *Sozial. Geschichte Online* 28, S. 43–68, [online] https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00073595.
- Sommer, Moritz; Rucht, Dieter; Haunss, Sebastian; Zajak, Sabrina (2019): *Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipw working papers), [online] https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/03/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf.
- Sommer, Moritz; Haunss, Sebastian (2020): *Fridays for Future. Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen*, in: Moritz Sommer und Sebastian Haunss, in: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Bewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 237–252.
- Sommer, Moritz; Haunss, Sebastian; Gardner, Beth Gharrity; Neuber, Michael; Rucht, Dieter (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Grossprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019, in: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Bewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 15–66.
- Strike for Future (2021a): *Strike for Future – Das Manifest*, [online], <https://strikeforfuture.ch/manifest/> [Abgerufen am 26.10.2021].
- Strike for Future (2021b): *Aufruf an die Klimabewegung. Für Klimagerechtigkeit, Gleichberechtigung, Arbeitsplätze und Gesundheit: Alle rein in die Gewerkschaft!*, [online] <https://strikeforfuture.ch/mitmachen/workers-for-future/> [Abgerufen am 26.10.2021].
- Svensson, Anders; Wahlström, Mattias (2021): Climate change or what? Prognostic framing by Fridays for Future protesters, in: *Social Movement Studies*, S. 1–22, doi: 10.1080/14742837.2021.1988913.
- Teune, Simon (2020): *Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam*, in: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Bewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 131–146.
- Thörn, Håkan; Cassegård, Carl; Soneryd, Linda; Wettergren Åsa (2017): Hegemony and environmentalist strategy, in: ders. (Hrsg.), *Climate Action in a Globalizing World*, New York, NY : Routledge, S. 218–244, doi: 10.4324/9781315618975-13.
- Wahlström, Mattias et al. (2020): *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world*, [online] <https://osf.io/asruw/>.

- Wallis, Hannah; Loy, Larua S. (2021): What drives pro-environmental activism of young people? A survey study on the Fridays For Future movement, in: *Journal of Environmental Psychology*, Jg. 74, 101581, doi: 10.1016/j.jenvp.2021.101581.
- Weber, Sylvain; Burger, Paul; Farsi, Mehdi; Martinez-Cruz, Adan L.; Puntiroli, Michael; Schubert, Iljana; Volland, Benjamin (2017): *Swiss Household Energy Demand Survey (SHEDS): Goals, design, and implementation*, SCCER CREST Working Paper WP2 - 2017/04, [online] https://www.sccer-crest.ch/fileadmin/FILES/Datenbank_Personen_Projekte_Publikationen/Publications/Working_Papers/Work_Package_2/Weber_Burger_et_al_2017_SHEDS_Official_description.pdf.
- Witzel, Andreas (2000): The Problem-centered Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, Jg. 1, Nr. 1, doi: 10.17169/fqs-1.1.1132.

Herausgeberin

Anny-Klawe-Morf-Stiftung, Bern
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawe-morf.ch
T: 031 313 33 25

Die gesamte Studie (Deutsch) sowie die Zusammenfassung der Studie (Französisch) können in gedruckter Form unter der E-Mail-Adresse info@anny-klawe-morf.ch bezogen werden.
Unkostenbeitrag von CHF 6.00 pro Stück ab einer Bestellmenge von mehr als 5 Stück.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten, sind nicht notwendigerweise die der Anny-Klawe-Morf-Stiftung.



Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz

Die Anny-Klawa-Morf-Stiftung setzt sich für eine progressive politische Bildung in der Schweiz ein und orientiert sich an den Grundwerten der Sozialen Demokratie. Sie ist eine unabhängige Stiftung, die den Dialog und das Verständnis für die Demokratie befördern will. Die Stiftung ist operativ tätig und Mitglied bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

**Anny-Klawa-Morf-Stiftung
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawa-morf.ch
www.anny-klawa-morf.ch
T: 031 313 33 25**

IBAN: CH92 0900 0000 1527 0432 9